

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

152 (14.5.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 71. öffentliche
Sitzung

antworten, soweit das geschehen kann, auch im Hinblick auf etwa noch zu erwartende Erörterungen.

Aus der ersten Sitzung ist auch noch nicht erledigt eine Anfrage wegen der Studienreisen unserer Lehrer. Es ist gefragt worden, warum wir immer nur die Philologen ausenden nach dem Mittelmeer, nach Frankreich oder England. Sie finden im Budget eine Position von 3000 M., aus der wir sehr gerne und, wie wir glauben, mit gutem Erfolg auch realistische Lehrer hinaus schicken, Geographielehrer, um wichtige geographische Objekte anzusehen, Lehrer der Physik und Chemie, um bedeutende Industriestädte zu besuchen, Historiker ins Germanische Museum oder zum Besuche von denkwürdigen Stätten, die Monumente aus dem Mittelalter von besonderer Bedeutung haben. Das geschieht also.

Dann ist gelegentlich getadelt worden, daß wir die Lehramtspraktikanten so viel hin- und herversetzen. Das geschieht nicht zum Sport. Wir würden es lieber nicht tun, und wir würden diese vielen Veretzungen wohl auch vermeiden können, wenn unsere Lehramtspraktikanten alle die nämliche Prüfung gemacht hätten. Aber unter 20 Lehramtspraktikanten haben keine 3 die Prüfung in den nämlichen Fächern abgelegt, und es kann deshalb nicht, wenn irgendwie einmal die Erledigung einer Stelle stattgefunden hat, dadurch geholfen werden, daß nur eben dieser oder jener geschickt wird, sondern man muß da manchmal hin- und herschieben. Sehr gerne tun wir das also nicht. Im übrigen ist die beste Praktik unserer Praktikanten, daß sie möglichst verschiedene, sehr viel verschiedene Praxis kennen lernen; das wird auf diese Art ja auch erreicht.

Endlich ist getadelt worden, daß wir bei Veretzungen die Versetzten nicht rechtzeitig aufmerksam machen, daß ihre Veretzung bevorstehe. Das ist aber im vorigen Jahre geschehen, und wenn der Gang dieser Verhandlungen in diesem Jahre es ermöglicht, wird es auch in diesem Jahre geschehen. Sie werden in dem Verordnungsblatt des Großh. Oberschulrats, das am 15. d. M. erscheint, vorsorglich schon eine Reihe von ungefähr 40 Professorenstellen ausgeschrieben finden. Wir lassen es also nicht daran fehlen, die Dinge rechtzeitig in Angriff zu nehmen.

Nun sind viele Lehrplanfragen besprochen worden. Es ist angeregt worden, ob man nicht dem „Englischen“ an unseren Oberrealschulen einen weiteren Raum gestatten soll. Das ist bei einer Direktorenkonferenz, die wir im vorigen Jahre abgehalten haben, auch eigentlich schon durchgeführt worden; infolge von äußerlichen Umständen aber ist der Lehrplan, der damals ausgearbeitet worden ist, noch nicht zur Durchführung gelangt. Wir werden jedoch demnächst darauf zurückkommen; die englische Sprache wird in etwas verstärktem Maße bedacht werden, aber natürlich nicht mehr, als uns das möglich ist; denn die Grenzen, die unseren Lehrplanmäßigen Bestimmungen gesteckt sind, werden insofern immer enger, als man immer gebieterischer verlangt, daß wir die Zahl unserer Unterrichtsstunden zurücksetzen, und wir tun das ja auch, soweit es irgendwie möglich ist.

Eine Lehrplanfrage ist auch die des naturwissenschaftlichen Unterrichts. Wie vor einigen Jahren so hat auch diesmal der Herr Abg. Heimbürger uns darauf aufmerksam gemacht, daß der biologische Unterricht in den oberen Klassen eine größere Ausdehnung erfahren sollte. Das ist bei der Arbeit, die ich eben erwähnt habe, auch ins Auge gefaßt worden. Wir gehen aber jetzt überhaupt damit um, nach und nach unsere Lehrpläne zu renovieren, und dabei soll in der Weise, wie das mein verehrter Herr Kollege Nebmann das letzte Mal ausführlich dargelegt hat, diesem Gedanken

Rechnung getragen werden. In dieser Beziehung wird also nach allen Seiten hin gebessert werden. Es ist nicht ganz richtig, was der Herr Abg. Heimbürger gesagt hat, daß in den Reformanstalten gerade dieser Unterricht zu kurz komme. Er hat eigentlich dort denselben Umfang wie in den Gymnasien und Realgymnasien; aber ich glaube, der Sinn dieser Anregung war, überhaupt darauf aufmerksam zu machen, daß nach dieser Seite hin eine Erweiterung unserer Lehrpläne stattfinden solle, und wir haben, wie gesagt, die Absicht, eine solche eintreten zu lassen.

Eine schwerere Frage ist die des Religionsunterrichts. Der Religionsunterricht ist ein obligatorischer Lehrgegenstand, und nach meiner Auffassung gehört er in einen vollen, pädagogisch gedachten Lehrplan unter allen Umständen in dieser Qualität hinein (Sehr richtig! im Zentrum). Man sagt manchmal von unserer Zeit, sie sei nicht religiös; ich habe in dieser Beziehung eine andere Ansicht: Die religiösen Fragen werden heutzutage viel eifriger diskutiert als in früheren Zeiten. Daraus schließe ich nicht nur, daß die religiöse Frage ein Bedürfnis unserer Zeit ist, sondern daß die Religion überhaupt im Bedürfnis des inneren Menschen liegt. Ich denke mir eine Religionsstunde als eine Gelegenheit, den jungen Menschen, dessen Verstand im übrigen Unterricht durch alle Zeiten und alle Gegenden der Welt hindurchgetragen worden, dessen Gemüt im Leben außerhalb und innerhalb der Schule vielfach erregt worden ist, wieder zur inneren Ruhe zu führen; ich denke sie mir als eine Stunde innerer Erhebung, Beruhigung und Aufrichtung (Zuruf von sozialdemokratischer Seite). Ich erwarte auch, daß unser Religionsunterricht in den Schulen diesen Geist immer mehr in sich aufnimmt. Wenn das der Fall ist, so werden die vielen Bedenken, die lautbar werden, und die meistens aus dogmatischen Differenzen herkommen, nach und nach immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden. Aber wenn irgendwo noch ein Vater das Gewissen seines Sohnes durch den Unterricht in der Religion für bedrängt halten möchte, muß ich bitten, daß der Fall uns vorgetragen wird; es ist der Schulverwaltung möglich, hier zu helfen. Die Fälle, in denen das eintreten kann, werden ja sehr selten sein; aber an Entgegenkommen von unserer Seite wird es nicht fehlen.

In diesem Zusammenhange komme ich auf den Rastatter Handel, auf den Sturm im Wasserglase, der vor zwei Jahren mehr die Zeitungsblätter erregt hat als die Anstalt selber, an der er sich ereignet hat. Die Sache ist sehr einfach, und wir haben sie als vollständig geschlichtet angesehen; wir waren insofern einigermaßen überrascht, daß wir wieder zu diesen Dingen zurückgeführt worden sind. Es ist mir aber doch ganz angenehm, daß ich Veranlassung habe, mich darüber auszusprechen. Die Sache lag ja einfach so, daß zu Rastatt im Konvikt zu viel über das Gymnasium und im Gymnasium zu viel über das Konvikt geredet worden ist (Heiterkeit). Diese Streitigkeiten haben sich aber lediglich zwischen zwei Herren abgespielt, die wir nun vom Gymnasium entfernt haben. Von der Gymnasialdirektion — die sich bemüht hat, objektiv und rein sachlich vorzugehen, und die in dieser Beziehung die Anerkennung der Oberschulbehörde besonders verdient hat — sind die beiden Herren mehrfach zusammengerufen worden, um sich auszusprechen. Sie haben das getan; sie haben beiderseits erklärt, daß sie sich zu Unbedachtlichkeiten haben hinreißen lassen; sie haben versprochen, in Zukunft achtsamer zu sein — und acht Tage darauf hat die Sache wieder angefangen. Wir haben eine ganz genaue Untersuchung der Angelegenheit in die Wege geleitet und besitzen von all denen, die von der Sache

überhaupt Kenntnis haben konnten, die von ihnen unterschriebene protokollarische Vernehmung. Ich hebe daraus besonders hervor die Äußerung eines evangelischen Lehrers, der damals an der Anstalt tätig war, und zweier evangelischer Religionslehrer, wovon einer selbst zwei Kinder in der Anstalt gehabt hat. Diese Herren haben erklärt, und das ganze Lehrerkollegium (außer den zwei schon angebeuteten Herren) hat nachher in einer Gesamteingabe, in welche diese evangelischen Herren ihr Votum einschlossen, uns erklärt, daß der ganze Handel sich auf jene beiden Herren beschränkt habe, und daß vor allem von einer klerikalen Beeinflussung oder Nebenregierung ihnen nie etwas bekannt geworden sei. Wir müssen die Angaben von zwei evangelischen Religionslehrern, von einem evangelischen Anstaltslehrer, von denjenigen Lehrern der Anstalt, die politisch liberal sind, doch gerade so sehr in die Waagschale fallen lassen, wie das, was in den Zeitungen geschrieben worden ist von Leuten, die ihren Namen nicht nennen. Der erste, der diese Sache in die Zeitung gebracht hat, ist, wie man allgemein annimmt ein Abiturient gewesen (Abg. Dr. Schofer: Der später vor das Schöffengericht kam!).

Für uns also ist die Sache abgemacht. Daß auch kein Zwang zum Besuch des Gottesdienstes stattfindet, ist ebenfalls durch die Erklärung des Lehrerkollegiums und durch die Verhältnisse, die wir genau kennen, vollständig bestätigt. In den alten Gymnasiums-satzungen hieß es: „Der Besuch des Gottesdienstes ist eine Pflicht der Schüler.“ In der Fassung, die schon im Jahre 1906 gegolten hat, ist dieser Passus geändert es heißt da nur im Sinne einer allgemeinen Ordnungsbestimmung: „Die katholischen Schüler besuchen den Gymnasialgottesdienst, die evangelischen den Gottesdienst in der Pfarrkirche.“ Von einem Zwang ist gar keine Rede, von einer Kontrolle auch nicht; von einer Bestrafung haben wir nie etwas vernommen.

Wir sind also vollständig beruhigt, und da wir wissen, daß der gegenwärtige Direktor der Anstalt, der übrigens erst ganz kurze Zeit an der Anstalt gewirkt hatte, als diese Sachen ausgebrochen sind, mit peinlichster Genauigkeit, mit der bewährtesten Objektivität diese Dinge betrachtet und nach beiden Seiten mit gleicher Unparteilichkeit vorgeht, so glauben wir auch, man könne diese Sache einfach begraben sein lassen. Die beiden Herren, um die es sich lediglich gehandelt hat, sind von der Anstalt entfernt, haben damit nichts mehr zu tun, und nun herrscht wieder Friede über allen Wassern!

Von Internaten ist auch noch gesprochen worden. Die Frage der Internate nimmt in unserer Schulliteratur einen ungeheuer weiten Raum ein. Wir besitzen hier eine große Erfahrung durch unsere Seminaristen, die ja Internate haben, ohne das Internat zum vollständigen Zwange zu machen. Wir haben die Erfahrung, daß in den Volksschulzeitungen über das Internat in der Regel in sehr ungünstigen Töne gesprochen wird. Wenn die Betreffenden, die solche Artikel schreiben, aber Söhne haben, die auch Lehrer werden, so werden diese in der Regel ins Internat geschickt (Weiterkeit). Etwas Gutes muß also an dem Internate doch sein. Nun muß ich aber, freilich in sehr trivialer Weise, sagen: Zwischen Internat und Internat ist ein sehr großer Unterschied. Ich habe schon Internate gesehen, in denen es mir gegraut hat. Aber ich habe auch einmal zwei Tage in Schnepfental zugebracht und da am Tische der Schüler mit den Lehrern gegessen, und ich möchte jedem Vater wünschen, der in die Lage versetzt ist, seinen Sohn aus dem Vaterhaus hinauszugeben, daß er die Gelegenheit hätte, ihn so gut unterzubringen, in einer so heiter und kräftig regierten Anstalt, wie sie dort besteht. Es

handelt sich eben um den Geist, in dem die Internate geleitet werden, und da möchte ich bitten, daß Sie zu uns einiges Vertrauen haben. Das Internat an den Schulen ist französisches Prinzip, zum Teil auch englisches. Aber in Frankreich hat man seit langer Zeit angefangen, die demi-internats zu schaffen und auch die Externate. In den 90er Jahren wird es gewesen sein, wo eine große ärztliche Enquete stattgefunden hat über die Zustände der Internate in den Pariser Colleges. Ich habe den amtlichen Bericht gelesen, der sich dahin ausspricht, daß, wenn die sittliche und physische Gesundheit der Jugend, die in den Pariser Anstalten interniert ist, nicht ganz zugrunde gehen soll, alle diese Anstalten auf das Land hinaus verlegt werden müßten. Es ist aber schließlich so geblieben, wie es damals war. Ich kenne diese Internate auch, sie sind peinlich dirigiert, ich kann aber nicht sagen, daß alles, was ich dort gesehen habe, mir gefallen hätte.

Aber der Antrag, der hier gestellt ist, bezieht sich ja garnicht auf Internate; er bezieht sich auf Kost- und Wohnhäuser. Daß wir nun dazu kommen sollten, wo doch die Beschaffung ordentlicher Schulräume durch das ganze Land hindurch uns noch so große Schwierigkeiten bereitet, auch überall noch Kost- und Wohnhäuser daneben zu setzen, das kommt mir etwas merkwürdig vor, und ob der Staat den Beruf hat, sozusagen eine Industrie auf diesem Gebiete zu treiben, das weiß ich auch nicht. Nach Erfahrungen, die man in dieser Beziehung gemacht, möchte ich meinerseits es nicht raten. Ich glaube also nicht, daß dieser Antrag irgend welche Aussicht auf Verwirklichung haben kann.

Von der Haftpflicht der Lehrer ist auch gesprochen worden; wir sind angeregt worden, die Lehrer darüber aufzuklären. Das ist mehrfach geschehen, es ist auch ein ganz eingehendes, von einem juristischen Sachverständigen abgefaßtes Gutachten über diese Dinge an die Anstalten hinausgegangen. Wir sind nun weiter mit der Sache nicht beschäftigt: Aber etliche Fälle, die in Norddeutschland entschieden worden sind, wo Lehrer wegen Vorkommnissen, für die sie eigentlich garnichts konnten, ungeheuer bestraft worden sind, haben bei uns viele Lehrer kopfscheu gemacht. Aber, wie gesagt, die Sache ist bei uns zur Zeit nicht bedenklich.

Öffentliche Schlußprüfungen und Lokationen! Wie die öffentlichen Schlußprüfungen an unseren Mittelschulen gegenwärtig abgehalten werden, sind sie — ich will nicht sagen ein Paradestück, denn eigentlich parademäßig ist das nicht, was man da hört — aber sie sind eine Art von Abschluß, der nach der Arbeit des ganzen Jahres eintritt. Daß wir kein großes Gewicht auf sie legen, das sehen Sie aus unserer herkömmlichen Abwesenheit bei diesen Gelegenheiten. Viele Eltern wollen aber doch sehen, was ihre Söhne da machen, wollen wenigstens einmal sehen, wie ihr Bub in der Schule hinsieht. Es kommt hier immerhin noch in Frage, ob man nicht den Städten gegenüber, die Leistungen für Anstalten aufzubringen haben, die Verpflichtung habe, ihnen bei dieser Gelegenheit Einsicht in den Schulbetrieb zu gestatten. Ich muß allerdings sagen, daß die Gelegenheit keine genügende ist (Sehr richtig!). Der Zutritt unter dem Jahre müßte geregelt werden; er stürte doch im allgemeinen sehr. Das ist aber eine Angelegenheit, die noch weiter erörtert werden müßte.

Für Lokationen sind wir, wie Sie aus unserer Schulordnung vom Jahre 1904 wissen, gar nicht eingenommen. Wir haben sie sehr eingeschränkt, und in den Volksschulen existieren sie in den Zeugnisbüchern fast nirgends mehr. Das ist aber nicht Sache des Oberschulrats, sondern der Ortschulbehörde. Wo eine Ortschulbehörde die Lokation

ins Zeugnis nicht mehr aufgenommen haben will, sagen wir Ja und Amen dazu; denn gerade in der Volksschule haben diese Dinge große Mißstände zur Folge.

Nun der Lateinunterricht, der Stammunterricht unseres Mittelschulwesens, wenn ich so sagen darf! Ueber Extemporalien ist geklagt worden, und der Herr Berichterstatter, der sich darüber ausgesprochen hat, hat nicht Unrecht in dem, was er gesagt hat. Ich weiß, daß die Auffassung des Extemporales, die er gerügt hat, vielfältig noch an unseren Anstalten besteht, obgleich wir ihr mehrfach entgegengetreten sind. Einer meiner Herren Kollegen hat an der nämlichen Anstalt, die der Herr Berichterstatter vielleicht im Sinne gehabt hat, vor wenigen Wochen Gelegenheit genommen, dem Lehrerkollegium die Auffassung des Extemporales darzulegen, die wir im Oberschulrat vertreten und die, nach und nach freilich, in unseren Anstalten immer mehr Platz findet. Wir behandeln ja die Sprachen jetzt immer mehr vom Standpunkt des Könnens, nicht bloß vom Standpunkt der deduktiven Betätigung irgend einer Einsicht in eine grammatische Regel, die vollständig, in den unteren Klassen besonders, ja doch nicht erreicht werden kann. Im Französischen und Englischen lehren wir vor allem die Sprache selbst; wir üben die Kinder darin, sich in französischer und englischer Sprache so auszudrücken, als wäre das ihre Muttersprache, d. h. unmittelbar ohne den Umweg durch Uebersetzung und die Deduktion aus einer grammatischen Regel. Daß die Grammatik dabei gar nicht zu kurz kommt, sondern, weil unser ganzes Unterrichtsverfahren heutzutage induktiv ist und sein muß, am Ende doch zu ihrem Rechte kommt, und daß die Regel für den Schüler am Ende doch das vorstellt, was das letzte Ergebnis aus einer langen theoretischen und praktischen Erfahrung ist, das findet an unseren Anstalten immer mehr Raum und Beachtung. Und wie wir nun im Französischen und Englischen Unterricht immer sprechen und schreiben lassen innerhalb der Unterrichtsstunde selbst, so richten wir überhaupt die schriftlichen Übungen ein. Die Schüler sollen, wenn irgend etwas ihnen vorgelegt wird, was sie in der fremden Sprache auszudrücken haben, nicht lange in ihrem Gedächtnis herumsuchen müssen, sondern eigentlich nur dasjenige, was sie mit gewisser Leichtigkeit und mit gewisser Fehlerlosigkeit mündlich sagen konnten, nun auch zu Papier bringen, so daß die Aufgabe des Niederschreibens und die Genauigkeit der Orthographie, der Interpunktion usw. mehr in Frage kommt als die grammatische Nichtigkeit. Wenn wir also eine solche Probearbeit, wie die Extemporalien sie vorstellen, den Schülern geben, so verlangen wir eigentlich eine besonders schwere Gedankenarbeit von ihnen gar nicht, sondern nur die Betätigung einer Übung, die bei ihnen schon gefestigt sein muß. Das ist die Auffassung, die wir schon seit einer Reihe von Jahren über diese Dinge haben, und die wir nach und nach an den Anstalten, wo sie noch nicht vollständig aufgenommen ist, zur Durchführung bringen. Ich glaube also, daß, wenn in dieser Beziehung noch zu klagen ist, die Klagen nach und nach verstummen werden. Am Oberschulrat und an den Referenten, die an die Anstalten hinausgehen, wird es in dieser Beziehung nicht fehlen.

Wenn man die Grammatik im Lateinischen so durchnimmt, wie das zu meiner Zeit Übung war, daß man den Schülern sagt: „Les einmal die erste Regel,“ dann vielleicht eine kurze Erklärung und ein paar Beispiele anfügt, und dann sagt: „Das lernt ihr aufs nächste Mal auswendig,“ dann ist allerdings eine wissenschaftlich gehaltene Grammatik ein viel zu schweres Ding für unsere Schüler. Die Grammatik, von der die Rede war in den Ausführungen des Herrn Berichtstatters, ist nun verfaßt von einem Mann, den ich für den besten Latei-

nisten unter unseren nicht bloß badischen, sondern deutschen Schulmännern halte. (Abg. Blümmel: Sehr richtig!) Sie macht hohe Ansprüche, hat Vieles ganz neu gestaltet und hat die Wirkung in Deutschland gehabt, daß keine Grammatik gegenwärtig erscheint, die nicht auf ihrer Fährte geht. Der betreffende Herr Direktor ist als ganz bedeutender Latinist auch von der Universität gewürdigt und gibt auch an ihr nun lateinischen Unterricht. Er ist gegenwärtig damit beschäftigt, eine neue Auflage seines Buches zu machen, und das hat zu einer Korrespondenz zwischen ihm und mir geführt, aus der ich weiß, daß es ein ganz besonderes Augenmerk desselben sein wird, den Regeln überall die der Fassungskraft der Schüler entsprechende Formulierung zu geben. Wenn also hier etwa noch ein Rest der Bemängelung übrig bleiben kann, so denke ich, wird er auch bald behoben werden.

Der Alkohol! Es ist uns gesagt worden, wir sollten doch auf den Schulen mehr tun zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. Ja, in der Theorie tun wir sehr viel, so viel, daß es uns beinahe lächerlich vorkommt. Wenn predigen wir denn das? Wir predigen das Krabben, für die es eine Aufgabe ist, wenn ihnen etwa bei einem Ausflug ein Glas Bier vorgesetzt wird. In den oberen Klassen verstehen sie allerdings anehr davon (Heiterkeit). Aber hier versuchen wir nun praktisch eine Einwirkung dadurch, daß wir ein gutes Beispiel geben; nicht etwa so, daß der Oberschulrat auf sein ehrbares Gläschen verzichtete, sondern in der Weise, daß wir die Ausflüge so einrichten, daß wir grundsätzlich dabei den Besuch des Wirtshauses ausschließen, natürlich aber die Rigoristen nicht sind, die sagen: Wenn es hagelt, regnet oder schneit, bleibt Ihr vor dem Wirtshaus stehen und wartet, bis Ihr wieder trocken oder recht naß seid. Nein, so machen wir es nicht. Wenn da ein Glas Bier getrunken wird, so haben wir nichts dagegen. Aber wir sind sehr befriedigt über die Berichte, die aus den Anstalten eintreffen, und die sich überall dahin aussprechen, daß die Schüler vollständig damit zufrieden sind, wenn sie 2-3 Stunden einen vielleicht auch etwas anstrengenden Marsch gemacht haben und wieder nach Hause kommen, ohne daß ein Glas Bier dabei genossen wurde.

Der Herr Abg. Frühauß hat von dem Verhältnisse der Oberschulbehörde zu den Städten geredet, und er glaubte bemerken zu müssen, daß dieses Verhältnis kein gutes sei, daß die Oberschulbehörde jenen nicht hinreichend entgegenkomme. Er hat zwar, wenn ich recht gehört habe, im weiteren Verlauf dieser Erörterungen wieder zurückgenommen, was er in dieser Beziehung gesagt hat. Ich scheue mich aber gar nicht, es hier auszusprechen, daß wir die großartigen Leistungen der Städte für das höhere Schulwesen voll anerkennen, und daß wir ihnen gern entgegenkommen. Wenn nun bei der Auseinandersetzung über vertragsmäßige Leistungen auf der einen und anderen Seite die bekannte peinliche Genauigkeit des Rechners stattfindet, so stört das unser Verhältnis wenigstens auf die Länge nicht, und ich darf hier wohl sagen, daß unsere Beziehungen zu sämtlichen Stadtverwaltungen und auch mein persönliches Verhältnis und das Verhältnis meiner Herren Kollegen zu den Herren Oberbürgermeistern das denkbar freundlichste ist.

Von da aus ist aber der Herr Abg. Frühauß auf meine Person übergegangen. Er hat es gebilligt, daß ich es für meine Aufgabe ansehe, die Veranlassung, die gegenwärtig unsere Volksschulen ergriffen hat, möglichst bald zu beschwichtigen; aber wenn ich ihn recht verstanden habe, so ist er der Ansicht, daß ich der Mann dazu nicht sei, diese Absicht durchzuführen. Nun, wir müssen Geduld haben, wir beide; ich habe sie.

Wenn ich diese Geduld nicht hätte, so würde ich die Arbeit, die ich schon längst angefangen habe, auch schon längst wieder verdrorben haben. Ich darf mir aber die Bemerkung erlauben, daß diese Schwierigkeiten, die in unserer Volksschule gegenwärtig bestehen, nicht von mir veranlaßt worden sind. Ich kenne sie genau, ich weiß, daß sie nicht so weit verbreitet sind, wie man im allgemeinen annimmt. Ich weiß, daß sie bedeutend sind, aber höchst einfachen Ursprungs, und ich würde mich gewundert haben, wenn sie nicht eingetreten wären. Warum ich ihnen aber so heiteren Auges gegenüberrete, dafür meine Gründe. Ich gehöre dem Großh. Oberschulrat mehr als 31 Jahre an und habe in dieser langen Zeit und auch vorher schon allen Volksschuldingen das größte Interesse entgegengebracht. Wer meine Schriften kennt, muß wissen, daß ich mit der Volksschule seit einem Menschenalter praktisch und theoretisch mich immer in der engsten Fühlung befunden habe. Außerdem aber arbeite mit mir eine Anzahl von Männern, die ich entweder in der langen Zeit der gemeinschaftlichen Arbeit in ihrer bewährten Einsicht und ihrem erprobten Arbeitseifer so erkannte habe, daß ich in dieser Beziehung volles Vertrauen habe, oder die auf meinen Antrag und zu meiner großen Befriedigung vom Großh. Staatsministerium mir zur Seite gegeben worden sind. Ich habe also volles Vertrauen. Der Philologe würde da sagen: Mich läßt Pallas Athene nicht erzittern! Zu deutsch: Angst habe ich keine, und so, meine Herren, will ich es wagen!

Abg. Hennig (Zentr.): Die Verhandlungen sind im ganzen ruhig verlaufen. Ich habe mich auf der Rednerliste vormerken lassen, aber wenn nicht der Herr Abg. Frühauß gesprochen hätte, so hätte ich doch nicht das Wort ergriffen. Herr Frühauß hat manche Dinge gebracht, die eine Erwiderung von unserer Seite notwendig machen.

Zunächst darf ich dem Herrn Direktor des Oberschulrats danken, denn seine heutigen Ausführungen entheben mich von Manchem, was ich sagen wollte. Ich danke ihm vor allem für seine Ausführungen über den Religionsunterricht, denn die Religion ist ganz gewiß absolut notwendig, nicht nur für die einzelnen Menschen, sondern auch für das öffentliche Leben. Der Herr Direktor des Oberschulrats hat ganz mit Recht hervorgehoben, daß die Religionsfragen heutigen Tags viel mehr besprochen werden als vielleicht in früheren Zeiten, und ich kann beifügen, daß vielfach Zank und Streit gerade daher rühren, weil soviel Unwissenheit in diesen Dingen herrscht. Man staunt manchmal, welche Unwissenheit in religiösen Fragen bei manchen gebildeten Leuten vorhanden ist, und darum ist es recht notwendig, daß jeder Mensch Religionsunterricht bekomme, um über religiöse Dinge Aufklärung zu erhalten. Es ergibt sich damit von selbst, daß der Religionsunterricht nicht ein memorisierendes sein soll, wie Herr Abg. Quenzer behauptet hat, daß er bei uns sei. Das wäre eine verkehrte Sache. Der Religionsunterricht muß lebendig und anschaulich gegeben werden, er muß auf das Herz wirken, er muß aus dem Leben gegriffen werden, er soll die Menschen zu einer idealeren Stimmung führen, er soll sie vor Schleichigkeiten bewahren, und deshalb kann es nicht Sache des Religionslehrers sein, da nur auswendig lernen zu lassen. Es trifft das auch im großen und ganzen bei uns sicher nicht zu. Ich habe dafür einen sehr guten Zeugen. Vor zwei Jahren etwa hat die „Badische Landeszeitung“ einen Artikel über den Religionsunterricht gebracht und darin auch davon gesprochen, daß zu viel Memorierstoff vorgeschrieben sei. Sie fügte aber gleichzeitig bei, wenn

man den katholischen Religionsunterricht ansehe, so finde man, daß dort viel weniger memoriert werde, daß dort der Katechismus viel einfacher und verständlicher usw. sei. Freilich muß ja die Kirchenbehörde ein gewisses Maß von Unterrichtsstoff vorschreiben; allein die Katechetik lehrt, daß die Lehrer eben nicht Alles auswendig lernen lassen müssen, sondern daß diese Stoffe verarbeitet werden müssen, daß auch die biblische Geschichte für Gemüt und Leben verarbeitet werden muß. Es mag ja da und dort Jemand geben, der seiner Aufgabe nicht ganz gewachsen ist; aber gerade deswegen sind die Prüfungen da, denn mancher Prüfungskommissär benützt eben die Gelegenheit, um nicht nur etwa zu sehen, was gelehrt wird, sondern auch wie es gelehrt wird, und er begnügt sich nicht damit, nur Fragen zu stellen, deren Antworten vielleicht auswendig gelernt worden sind, sondern er sieht auch darnach, ob das Verständnis dafür vorhanden ist; er ergreift auch manchmal die Gelegenheit, um selbst die eine oder andere Frage zu behandeln.

Es ist mir auch sehr interessant gewesen, was der Herr Direktor des Oberschulrats über die Dinge in Rastatt gesagt hat, und ich kann vielleicht diesen Ausführungen noch Einiges beifügen, nachdem der Herr Abg. Frühauß auch diese Sache hier herein gezogen hat. Mir ist mitgeteilt worden, daß einer von diesen Lehrern dem Gymnasiumsdirektor und dem Rektor des Konvikts gegenüber erklärt hat, daß er von der antiultramontanen Gesellschaft Karlsruhe aufgefordert worden sei, über das Konvikt zu berichten. Er hat zwar damals erklärt, er könne nur Böbliches, Gutes darüber sagen; später aber hat er, wie man wenigstens annimmt, sich anders zu dieser Sache gestellt, später hat er eine ganze Reihe von Notizen sich gemacht gehabt, die auch zur Untersuchung kamen, aber er konnte auch für keinen dieser Punkte irgend einen Beweis erbringen. Daraus wird man schon ersehen, wie richtig da der Oberschulrat gehandelt hat. Es kamen dann auch Professor Boethling und Professor Fischer von hier nach Rastatt, die wahrscheinlich auch etwas wissen wollten. Was sie dort getan haben, weiß man nicht; jedenfalls kamen nachher Artikel in der „Badischen Landeszeitung“ und im „Landesboten“, die diese ganze Sache in durchaus irriger und wahrheitswidriger Weise darlegten. Ich danke nochmals dem Herrn Direktor des Oberschulrats, daß er diese Sache klargestellt hat.

Ähnlich liegt die Sache auch mit dem Zwang zum Gottesdienstbesuch. Wie ist es da gegangen? Es waren zwei Schüler, die weder am Sonntag noch am Mittwoch dem Gottesdienst beiwohnten. Einer davon, das hat man gewußt, schwärmte oft ganze Nächte durch; morgens, wenn Gottesdienst war, gingen die beiden Herren gewöhnlich demonstrativ an ihrem Religionslehrer vorbei. Nun hat der Religionslehrer eines Tages die Schüler zum Besuch des Gottesdienstes aufgemuntert und hat da gesehen, wie die beiden sich sofort in spöttischer Weise zulächelten. Er fragte, warum sie nicht in die Kirche gingen. Der eine antwortete, ich muß studieren, worauf der Religionslehrer sagte: Sie haben nicht mehr zu studieren wie die anderen auch, und wenn die übrigen fertig werden, so werden Sie auch fertig, wenn Sie am Abend mehr lernen. Der andere lehnte sich auf die Frage hinten an die Bank an und gab keine Antwort. Der Religionslehrer forderte ihn auf, er möge eine ordentliche Haltung einnehmen. Darauf gab er wieder keine Antwort. Danach wurde er allerdings beim Direktor angezeigt; nachdem dieser aber ihn zu sich hatte kommen lassen, kam er zum Religionslehrer und entschuldigte sich. Das ist die Wahrheit. Daraus mag der Herr Abg. Frühauß ersehen, wie schlecht er unterrichtet war, als er hier von Zwang und dergleichen gesprochen

hat. (Abg. Fröhlich: Ich habe nur gefragt! Lachen im Zentrum. Abg. Dieterle: Diese Fragen kennen wir! Sie haben ja jetzt von zwei Seiten die Antwort.)

Sehr interessant sind für mich die Ausführungen über die Internate, zumal ich nun schon so lange Jahre im Hause sitze und weiß, wie oft gegen die theologischen Konvikte und andererseits gegen die Internate bei den Lehrerseminarien angekämpft worden ist. Man hat ja auch die Konvikte einmal ganz und gar aufgehoben gehabt, später aber wieder zugelassen; bei den Lehrerseminarinternaten ist ein Zwang der Benützung derselben nicht eingeführt. Jetzt kommen nun die Herren und wünschen, daß auch der Staat solche Internate einführen soll. Ich interessiere mich besonders dafür. Vor einer längeren Reihe von Jahren habe ich einmal in einem Konferenzprotokoll den Gedanken ausgeführt, ob es nicht möglich wäre, solche Anstalten auch für Schüler, die nicht Theologie studieren wollen, zu gründen, um sie vor religiösem und sittlichen Verderben zu bewahren. Mein Gedanken ist nicht zur Ausführung gekommen, es interessiert mich aber deshalb außerordentlich, daß von der anderen Seite dieses Hauses jetzt auch solche Anstalten in Vorschlag gebracht werden. Freilich sagt man, in einem anderen Geiste. Nun ja, das versteht sich von selbst, daß man in einer Anstalt, in der künftige Geistliche erzogen werden sollen, etwas anderes vorgehen muß als in solchen Anstalten, die rein staatlich sind. Wenn aber in solchen Anstalten dann speziell nationalliberale Tendenzen verfolgt werden sollten, dann müßte man freilich wegen der Kostenfrage vorsichtig sein, denn man kann allgemeine Mittel doch wohl nicht für Privatwecke verwenden.

Sehr interessant waren mir auch die Ausführungen des Herrn Abg. Fröhlich, der da sagte, infolge der Staatsaufbesserung, welche die die Konvikte unterstützenden Geistlichen bezügen, seien es gewissermaßen Staatsgelder, die von diesen zur Unterhaltung dieser Konvikte aufgewendet werden. Ja, lieber Herr Fröhlich, wenn Sie uns auch noch die Wohltätigkeit verwehren wollen, dann ist es weit gekommen!

Noch mehr interessiert mich, daß er sagte: Bevor wir irgend einen Pfennig zur Aufbesserung von Geistlichen geben, müssen wir genau wissen, was an Kirchenvermögen alles vorhanden ist. Haben Sie denn nicht gelesen, was uns die Großh. Regierung schon vorgelegt hat? (Sehr gut! Weiterkeit im Zentrum.) In der gedruckten Vorlage wegen des Aufbesserungsgesetzes findet sich eine Angabe aller Fonds und ihrer Erträge bis auf den letzten Pfennig, sowohl der katholischen als der protestantischen. Sie müssen also sehr spät aufgestanden sein (Weiterkeit), wenn Sie nicht einmal davon Kenntnis haben! (Abg. Fröhlich: Das ist nicht alles! Abg. Dr. Schofer: Woher wissen Sie denn das?) Als vor 9 Jahren erstmals das Aufbesserungsgesetz vorgelegt worden ist, hat sich die Großh. Regierung eine ganz genaue Darstellung über das Einkommen jedes einzelnen Pfarrers in der ganzen großen Erzdiözese vom Oberstiftungsrat geben lassen. Ich erinnere mich noch lebhaft, wie damals die Herren dort drüben (zu den Liberalen) alle sehr neugierig hinüber in das alte Budgetzimmer gegangen sind und in der Aufstellung nachgesehen haben, was für reiche Pfanden da erscheinen; nachher kam, ich glaube, der Herr Abg. Binz in diesen Saal und sagte, er habe gewußt, daß die Einkommensverhältnisse der katholischen Geistlichen schlecht seien, aber daß sie so schlecht seien, habe er doch nicht gewußt. Herr Fröhlich dagegen hat so etwas von Millionen usw. durchblicken lassen, als ob weiß Gott was für Vermögen bei der katholischen Kirche möglich sei. Diese Aufschlüsse der

Großh. Regierung werden ihm ein ganz anderes Licht aufstecken!

Einzelne Bemerkungen sind dann noch gemacht worden über den Sexualunterricht. Es ist merkwürdig, wie der Herr Abg. Fröhlich das zu seinem Steckenpferd macht und immer wieder auf den Sexualunterricht kommt. Seien Sie doch ruhig über diese Sachen! Ich bin ein ganz entschiedener Gegner davon, denn ich habe in langen Jahren die Erfahrung gemacht, daß diejenigen Menschen die glücklichsten sind, die von diesen Sachen nichts erfahren, und ich habe die Erfahrung gemacht, daß, wenn der Mensch einmal einigermaßen Kenntnis davon hat, dann eben nicht der Verstand allein tätig ist, sondern daß dann die Phantasie dazu kommt. Mag der Mensch seine Kenntnis empfangen, woher er will, so knüpft die Phantasie daran an, spiegelt ihm allerlei Bilder vor Augen und entzündet so vor allem die sinnlichen Empfindungen und die sinnlichen Neigungen. Da kommt es dann vor, daß die Leidenschaft über den Menschen Gewalt bekommt. Wenn da nicht ein starker Wille vorhanden ist, so ist es sehr leicht um den Menschen geschehen. Und noch mehr ist es notwendig, daß der Mensch immer Gewissenhaftigkeit hat, die ja gerade durch den Religionsunterricht besonders belebt werden soll. Aber da meint man immer, man brauche den Leuten nur zu sagen, das und jenes soll geschehen, das ist gut und jenes ist schlecht, dann tun sie es. Ja, gehorsamer Diener, Herr Fröhlich! (Weiterkeit). Sie kennen wohl das Wort, das der alte Horaz gesprochen hat: „Probo meliora, sed sequor deteriora“, „Ich billige das Gute, folge aber doch dem Schlechten“. Und dann das andere Sprichwort: „Nitimur in vetitum“ oder auch, wie es heißt: „Was der Mensch wünscht, das glaubt er gerne“. Die Leidenschaften führen im Leben ein viel größeres, wichtigeres Regiment als der Verstand. Es kommt also dabei nicht bloß, wie gesagt, der Verstand in Betracht, sondern auch noch viele andere Kräfte, die Phantasie, das Gemüt, der Wille, die Gewissenhaftigkeit usw. usw.; alle diese Dinge gehören gestärkt und gepflegt, wenn man der Unsitlichkeit Widerstand leisten will. Sehen Sie sich doch das Leben an! Wir machen ja gegenwärtig sehr traurige Erfahrungen mit den Hochschulsstudenten. Diese haben doch gewiß Bildung und Kenntnisse genug. Wenn nun diese mit ihrer Bildung nicht im Stande sind, der Leidenschaft Herr zu werden, wie kann man es dann überhaupt von der Allgemeinheit glauben?

Ich habe in der Beziehung eine eigentümliche Erfahrung gemacht. Als ich in meine jetzige Pfarrei kam, habe ich mich daran gemacht, ein Familienbuch anzulegen, habe angefangen mit dem Jahre 1730 und bis herauf zur Jetztzeit habe ich alle Taufbücher, alle Ehebücher und alle anderen Register durchgegangen, und da war es mir außerordentlich auffällig, daß im 18. Jahrhundert blutwenig uneheliche Geburten vorgekommen sind. Erst als es gegen Ende jenes Jahrhunderts ging, und dann mit den Jahren 1800, 1801, 1802, 1803 fing es an und wurde immer schlimmer, lange Jahre hindurch. Das war mir auffallend. Ich habe dann an eine ganze Reihe von Pfarrern geschrieben, sie möchten einmal in ihren Büchern nachsehen, wie sich denn das bei ihren Gemeinden verhalte, aber überall bekam ich ganz dasselbe Ergebnis mitgeteilt. Was war die Ursache? War damals mehr Bildung? Ich weiß keine andere Erklärung, als daß eben damals gegen Ende des 18. Jahrhunderts die französische Gottlosigkeit über den Rhein gekommen ist und unser Volk sittlich verderben hat. Das ist meine feste Ueberzeugung. Damals auch schon, als die Unsitlichkeit überhand genommen hatte, hat man von dem Sexualunterricht gesprochen, damals sind auch verschiedene

Schriften darüber erschienen. Ich weiß allerdings nicht, inwieweit solcher Unterricht gegeben wurde. — Das wissen wir aber alle, daß es nichts genügt hat, daß vielmehr die Unfittlichkeit weiter und weiter gegangen ist, und so stehen wir jetzt wieder in einem Zeitpunkte, wo eben leider Gottes die Religiosität mehr und mehr zurückgedrängt wird und die Menschen sittlich verdorben werden. Da hat vor wenigen Wochen ein Professor der Universität in München, Dr. Gruber, eine Schrift über gesundheitliche Verhältnisse usw. herausgegeben, in der er unter anderem zu dem Resultat kommt, daß in den Städten die Männersterblichkeit größer sei als die Sterblichkeit der Frauen. Er führt das auch zurück auf den Alkohol und gewisse Laster. Ich will die einzelnen Zahlen nicht anführen. Zum Schlusse sagt er: Im heidnischen Rom hat man nicht alle Laster gefannt, wie sie jetzt bei uns vorkommen. „Das alte heidnische Rom ist zu Grunde gegangen an seiner Lüderlichkeit. Was soll aus unserem deutschen Vaterlande werden?“ Er schließt mit einem stammenden Ausruf, indem er sagt: „Ich möchte alle auffordern, niederzuknien vor dem Altar des Vaterlandes und zu wirken und zu schaffen, damit wir dem Verderben entgehen!“

Auch ich möchte zum Schlusse sagen: Wir leben in einer ernsten Zeit und wollen mit allen Kräften zusammenwirken, damit Religion, Sittlichkeit, Ordnung und Zucht im Lande bleiben und dadurch das Wohl des Volkes begründet wird! (Lebhafter Beifall beim Zentrum.)

Abg. **Bauschbach** (kons.): In jedem Berufe wird heutzutage eine bessere Schulbildung verlangt, wenn man vorwärts kommen will. Der Landwirt, der Gewerbetreibende, der Handwerker, der Techniker, der Kaufmann und andere Berufe und derjenige junge Mann, der später einmal eine mittlere oder höhere Staatsstelle erreichen will, muß heutzutage eine bessere Ausbildung sich aneignen, muß heute mehr lernen, und es müssen mehr Kenntnisse erworben werden, als dies früher der Fall war.

Besonders darf auch die sittliche, moralische und religiöse Erziehung nicht außer Acht gelassen werden, wie schon wiederholt ausgeführt worden ist, und worauf ganz besonders erfreulicherweise der Herr Oberschulratsdirektor Dr. v. Sallwürfel hingewiesen hat. Ich kann es nicht verstehen, wie man von gewisser Seite dazu kommt, die Religion aus der Schule entfernen zu wollen. Es scheint dies nur der erste Vorstoß gegen die christliche Religion überhaupt zu sein. Wo kämen wir denn hin, wenn wir keine Religion mehr hätten, wenn das Christentum aus der Schule verbannt würde, die Jugend religionslos erzogen würde? (Abg. **Frühau**: Amerika und Frankreich! Abg. **Dr. Schöfer**: Da wollen wir eben nicht hin! Abg. **Schmund**: Wir bleiben da! **Weiterkeit**.) Diese Bestrebungen, den Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen, sind die Früchte der materialistischen Weltanschauung.

Von verschiedenen Seiten des Hauses wurde schon betont, daß ein zu starker Andrang zu den Mittelschulen vorhanden sei. Während es in den anderen Berufen an Arbeitskräften fehlt, ist gerade in den Mittelschulen ein Uebermaß vorhanden. Es ist daher kein Wunder, wenn die Großh. Regierung der Erziehung weiterer Mittelschulen, weiterer Realprogymnasien gegenüber einen ablehnenden Standpunkt einnimmt. Nach meiner Meinung kann man in jedem Stande glücklich leben, ohne gerade studiert zu haben. Auch im Gewerbebestande und in der Landwirtschaft kann man sein Auskommen finden. Allerdings in diesen Berufen muß man sich mehr anstrengen und hat

einen härteren Kampf ums Dasein zu bestehen; ich erinnere nur an die Dienftboten, Gefellen- und Lehrlingsnot. Es gibt da keine Bureaustunden und auch keine Pensionsberechtigung. Die besten Kräfte unserer heutigen Jugend streben der Großstadt zu, und daher fällt es auch dem Mittelstande und der Landwirtschaft immer schwerer, tüchtige Arbeitskräfte zu bekommen. Die besten jungen Leute, die ihre Militärzeit hinter sich haben, streben ebenfalls nach einer Staatsanstellung.

Es wurde von verschiedenen Herren darauf hingewiesen, daß in Zukunft die Beiträge, die manche Städte für ihre Gymnasien zu zahlen hätten, im nächsten Budget von der Staatskasse im Betrage von 48 000 Mark übernommen werden sollen. Ich kann es nicht verstehen, daß man die Städte, die schon in der glücklichen Lage sind, Gymnasien zu haben, auch noch dadurch unterstützt, daß die auf ihnen lastenden Kosten ganz von der Staatskasse übernommen werden, während die Städte mit Realanstalten größtenteils für ihre Kosten selbst aufkommen müssen. Es sind infolgedessen natürlicherweise die Umlagen in den Städten mit Realanstalten, die ihre Schulen selbst bezahlen müssen, von ganz bedeutender Höhe. Man sollte vielmehr bedacht sein, auch diesen Städten dadurch mehr aufzuhelfen, daß auch die Realanstalten vom Staate ganz übernommen werden. Es ist hier offenbar eine große Ungleichheit, mit der ich als ländlicher Volksvertreter nicht einverstanden bin.

Die Kreisstadt **Mosbach** hat für ihr Realprogymnasium jährlich etwa 18 000 M. aufzubringen. Sie beabsichtigt nun, im nächsten Herbst eine weitere Klasse, die Obersekunda, anzugliedern. Daraus erwachsen ihr weitere 5—6000 M. Mehraufwand, und deshalb müssen natürlich viele gemeinnützige Bestrebungen zurückgestellt werden. Die Stadt kann nicht aufblühen. Die Kreisstadt Mosbach ist schon länger bestrebt, ihr Realprogymnasium in ein Vollgymnasium auszuweichen zu lassen. Sie hat bereits im Jahre 1905 eine diesbezügliche Petition an den Landtag gerichtet. Wenn überhaupt noch weitere Vollgymnasien errichtet werden sollen, so wäre nach meiner Auffassung gerade Mosbach die geeignete Stadt dafür. Die Kreisstadt Mosbach ist die Zentrale des Hinterlandes, hauptsächlich auch seit der Erbauung der Mosbach—Mudau-Bahn. Während die Gymnasien in anderen Landesteilen, in Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Karlsruhe, Pforzheim sehr nahe bei einander liegen, ist von Mosbach aus das Gymnasium in Heidelberg 54 km entfernt, in Tauberbischofsheim 71, in Wertheim sogar 95 km. Mosbach ist eine Beamtenstadt, und schon aus diesem Grunde sollte Mosbach ein Vollgymnasium erhalten. Viele Beamte wollen ihre Söhne zur Hochschule ausbilden lassen, und sind dadurch, daß sie dort keine Gelegenheit dazu haben, genötigt, sich frühzeitig versetzen zu lassen, wodurch dem Staate doch auch größere Kosten erwachsen. Viele Schüler müssen bei Fortsetzung ihrer Studien in fremden Anstalten untergebracht werden, manche Eltern können aber das Geld hierfür nicht aufbringen. Ich möchte daher die Großh. Regierung nochmals dringend bitten, falls Mosbach mit der Bitte um Beihilfe zu der Umwandlung der Anstalt in ein Vollgymnasium kommt, dieser Petition Gehör schenken zu wollen.

Bezüglich der Eingabe des Stenographenbundes „**Stolze-Schrey**“ kann ich mich den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. **Heimburger** nur anschließen; ich bin fest überzeugt, daß bei einigen Probefschreiben das beste System gefunden werden müßte. Das Bessere ist immer der Feind des Guten.

Abg. Dieterle (Ztr.): Während der bisherigen Verhandlungen über das Mittelschulwesen ist mir der Gedanke gekommen, daß ich doch eigentlich einige Jahrzehnte zu früh geboren worden sei. Wie schön müßten wir es haben, wenn wir jetzt oder in der Zukunft erst unsere Gymnasien besuchen dürften, wenn alle die Forderungen einmal erfüllt sind, die im Verlaufe der Diskussion schon gestellt worden sind! Ich habe mir da einige aufgezeichnet: Grammatik ist zu schwer; das Extemporale ist ein Schrecken und muß abgeschafft werden; keine Noten mehr; keine Lokation mehr; keine Prüfungen mehr; keine Hausaufgaben mehr oder wenigstens solche nur in geringem Umfange; am Vormittag also möglichst leichte Arbeit, am Nachmittag Spiele (Heiterkeit); Ferien mindestens vom 1. Juni bis 1. September, damit man Ferienreisen nach Amerika machen kann (Heiterkeit); dabei freie Fahrt für Ferientausflüge und noch einige tausend Mark, um sie machen zu können! „Herz was begehrtst du noch mehr?“ möchte man da sagen (Heiterkeit).

Aber die Sache hat doch eine sehr ernste Rehrseite. Wir müssen uns davor hüten, in einen *Summa* *ita* *sed* *u* *sel* hineinzukommen, der nur zum Verderben führen kann. Der junge Mensch muß sich an Arbeit gewöhnen; er muß Gewissenhaftigkeit lernen; muß die Ueberzeugung in sich tragen, daß er etwas leisten muß. In dieser Beziehung haben mir die Ausführungen des Herrn Kollegen Rebmann außerordentlich gut gefallen. Er hat gesagt: „Wer nicht geschunden wird, der wird auch nicht erzogen.“ Von „Schinderei“ ist ja keine Rede; aber angestrenzte Arbeit soll der junge Mann leisten, und dafür soll er sich auch begeistern können. Deswegen bin auch ich insbesondere dafür, daß die Forderungen des Lehrplans von der siebenten Klasse an mit Entschiedenheit durchgeführt werden. Wer nicht imstande ist, strengen Anforderungen in den höheren Klassen der Mittelschulen zu genügen, der möge jene eben einfach verlassen! Ein Gelehrtenproletariat wollen wir nicht heranziehen, und es darf da kein Unterschied zwischen Arm und Reich, zwischen Hoch und Nieder gemacht werden. Wenn eben einer nicht imstande ist, gewissen Anforderungen zu genügen, so soll er sich sagen, diese sind nicht für mich, ich ergreife einen andern Beruf.

Dabei möchte ich zugleich auch betonen, daß die humanistischen Studien nicht zurückgesetzt werden sollten. Wir sind auf dem Wege, mehr und mehr zu vergessen, welche hohe Bedeutung für die allgemeine Bildung das Studium der alten Klassiker hat. Wir dürfen dieses aber nicht vergessen, wenn wir nicht etwas in den Abgrund sinken lassen wollen, das wir später nur mit großer Mühe oder vielleicht gar nicht mehr heben könnten.

Nach diesem hätte ich noch einige Bemerkungen über die Bitte der Gemeinde Buchen um Verwandlung ihres Real-Gymnasiums in ein Gymnasium zu machen. Ich bedauere sehr, daß der Großh. Oberschulrat hier eine ablehnende Stellung eingenommen hat; denn die Gründe für diese Bitte sind doch recht triftige. Es wird hervorgehoben, daß in jener Gegend die Industrie sehr gering vertreten ist, daß deswegen die jungen Leute auf andere Berufe hingewiesen seien und eben darum auch dem Studium sich zuwenden müßten. Hierzu wurde auch hingewiesen auf die Tatsache, daß eine große Anzahl der Schüler aus der Anstalt Buchen sich nachher dem Gymnasium und später der Hochschule zuwenden. Wenn dann zugleich so große Anerbietungen in finanzieller Beziehung gemacht werden, wie die Stadt Buchen es wirklich getan hat, so ist das ein Zeichen, daß ihr außerordentlich viel daran gelegen ist, daß die Bewohner von Buchen von der Notwendigkeit der Errichtung dieser Anstalt überzeugt sind. Und wenn ihre

Bitte noch von ungefähr 60 Gemeinden mitunterstützt wird, da meine ich, hätte diese Bitte nicht so ablehnend behandelt werden sollen. Es wurde gesagt, daß die jetzige Angliederung des Griechischen den Verhältnissen genüge. Ja gerade dieses ist ein Zeichen dafür, daß es als ein großes Bedürfnis angesehen wird, dort eine humanistische Anstalt zu haben.

Den wichtigsten Grund für die Errichtung dieser Anstalt habe ich aber von dem Regierungstische selbst gehört. Nachdem der Herr Abg. Schofer von der Ueberfüllung der Anstalt in Tauberbischofsheim gesprochen hat, wurde dieses vom Regierungstische aus ganz und gar bestritten und gesagt, man müsse erst Mittel und Wege suchen, um dieser Ueberfüllung steuern bzw. um hier eine Abhilfe treffen zu können. Hier ist das Mittel zur Abhilfe ja geboten. Man gründe die Anstalt Buchen, und es wird sich sofort eine ziemlich große Anzahl junger Studenten dieser Anstalt zuwenden. Deswegen hoffe ich, daß in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Nun muß ich mich auch etwas mit dem Herrn Abg. Frühauß beschäftigen. Er hat offenbar das letzte Mal einen sehr schlechten Tag gehabt. Denn was er vorgebracht hat, ist teilweise schon widerlegt, und teilweise will ich versuchen, es zu widerlegen. Auf das Gebiet der sexuellen Aufklärung will ich nicht mehr eingehen, nachdem der Herr Kollege Hennig in so trefflicher Weise davon gesprochen hat und nachdem diese Sache auch schon früher behandelt worden ist. Der Herr Abg. Frühauß hat dabei wieder so abstruse Dinge behauptet (wie er z. B. sogar behauptet, daß die Eltern nicht in der Lage seien, ihren Kindern die entsprechende Aufklärung zu geben), daß auch die längsten Erörterungen uns nicht zu einer Einigung führen würden.

Dagegen sind es einige andere Punkte, wegen deren ich mich noch mit ihm auseinandersetzen muß. Ich kann mit dem Herrn Abg. Frühauß in keiner Weise einverstanden sein, wenn er meint, daß unsere Mittelschulen und Lehrerseminarien möglichst homogen gestaltet werden sollen. Der Beruf des Lehrers ist ein so eigenartiger, daß auch die Vorbildung eine eigenartige sein muß, und wer ganz im Seminar herangebildet wird, *ceteris paribus*, wird sicher ein tüchtigerer Lehrer werden als derjenige, der eine Mittelschule besucht und sozusagen zur Schnellbleiche noch ein Jahr lang sich im Seminar aufgehalten hat. Das ist auch die Ansicht tüchtiger Volksschullehrer draußen. Und wenn die Ein-Mannfraktion Frühauß von der Großh. Regierung verlangt, daß die Konfessionalität unserer Lehrerseminarien aufgehoben werde, so darf ich als Vertreter der 28-Männerfraktion und als Vertreter des katholischen Volkes an die Großh. Regierung die Bitte richten, jedenfalls mit ebenso großer Berechtigung, wie es Herr Frühauß getan hat, daß diese Konfessionalität unserer Lehrerseminarien erhalten werde (Beifall im Zentrum). Wir haben ja Simultanschulen genug. Wer in die konfessionellen nicht eintreten will, hat Gelegenheit, andere zu benutzen.

Es scheint überhaupt die Simultanität es dem Herrn Abg. Frühauß angetan zu haben (Sehr richtig! Heiterkeit); wenn wir von ihm gehört haben, daß in dem Gymnasium Raftatt ein vollständig ungesetzlicher Zustand herrsche und daß man darum die Majestät des Gesetzes gegen diese Anstalt anrufen müsse usw., so weiß ich eigentlich garnicht, wie er zu dieser Anschauung und zu diesem Dictum kommen konnte; denn an der Anstalt Raftatt sind auch protestantische Schüler und sind auch protestantische Lehrer. Was will er also noch mehr? Ja er hat es uns gesagt, er will französische Zustände. Nein! Er wolle hinüber nach Frankreich, hat er gesagt. Man, wenn

Herr Fröhlich diesen Plan ausführen will, ich glaube, wir wollen ihm in keiner Weise dabei hinderlich sein (Weiterkeit).

Und nun einige Worte zu dem Fall Fischer, den der Herr Abg. Fröhlich vorgebracht hat. Zunächst muß es auffallen, daß er diese Geschichte erst in dem jetzigen Landtage bringt, nachdem sich dieselbe schon im Jahre 1905 abgespielt hat. Hat er oder sein Gewährsmann vielleicht gehofft, daß wir in der Zwischenzeit vergessen hätten, wie der Herr Professor Fischer der Angreifer gewesen ist und daß das, was gegen ihn geschrieben und gesagt worden ist, nur Al- und Notwehr gewesen ist? Es fällt keinem Menschen ein, dem Herrn Fischer zu verbieten oder übel zu nehmen, eine eigene politische Meinung zu haben, oder ihm zuzumuten, daß er seine politische Meinung nach irgend einer bestimmten Schablone richte, wie der Herr Abg. Fröhlich gesagt hat. Der Herr Abg. Fröhlich hat sich in seiner Anklage selbst widerlegt; denn er hat gesagt, wir hätten Tausende im Lande, welche in der nämlichen Lage seien wie der Herr Professor Fischer. Nun, wenn Tausende im Lande sind, die früher Stipendiaten waren und nicht einem einzigen derselben wegen ihrer politischen Gesinnung ein Haar gekrümmt worden ist — und er wird nicht beweisen können, daß es geschehen wäre —, so geht daraus klar hervor, daß, wenn Professor Fischer angegriffen worden ist, er nicht wegen seiner politischen Gesinnung angegriffen worden ist; diese läßt man ihm. Aber er soll sich in Formen bewegen, wenn er seine Gegner angreift, die man als anständige bezeichnen kann. Das hat eben der gute Herr nicht getan. Nach seinen Anzegebentien hätte man erwarten dürfen, daß er sich einige Zurückhaltung in seinen Angriffen auf das Zentrum auferlegen würde. Statt dessen hat er uns in der herausforderndsten Weise angegriffen. Nach dem Berichte der „Badischen Presse“ bezeichnete er die Angaben der Zentrumsparthei als Lüge und Heuchelei. Auch die Behauptung, die Ultramontanen liebten Fürst und Vaterland, sei ebenfalls lediglich Lüge und Heuchelei, in Wirklichkeit seien sie Römlinge, und die Geschichte habe gezeigt, wie sie zu Fürst und Vaterland ständen. Man solle sich nicht durch das Augenverdrehen derer von der Zentrumsparthei verführen lassen (Hört, hört! im Zentrum). Das war selbst dem „Volksfreund“ zu viel (Weiterkeit im Zentrum), sodaß er geschrieben hat: „Damit nicht genug, stellte sich Herr Professor Fischer der lärmenden Bloßverammlung als Katholik vor“ (Hört, hört! im Zentrum), „der sich dagegen verwahre, daß Herr Bäßler im Namen der Katholiken gesprochen habe. Großer Beifall bei den nationalliberalen guten Katholiken“. Herr Fischer wird es uns vielleicht verübeln, wenn wir seine Rede als eine widerliche Heuchelei charakterisieren. Aber der Wahrheit die Ehre! Wie oft geht denn der Herr Katholik Fischer im Jahre in die Kirche?“ (Weiterkeit im Zentrum). „Wann hat er das letzte mal gebeichtet?“ (Weiterkeit im Zentrum). „Befolgt Herr Fischer auch nur eine einzige Vorschrift der katholischen Kirche? Herr Fischer ist der ausgesprochenste Typ eines nationalliberalen Katholiken“ (Weiterkeit im Zentrum). So schreibt der „Volksfreund“ und daran knüpft der „Badische Beobachter“ die Bemerkung: „Wenn Herr Prof. Fischer es für gut hielt, zu jagen, er sei liberaler Katholik, warum hat er nicht auch genauerhin gesagt, er verbaute es zum Teil auch ultramontanen Geldern, ultramontanen Stipendien, daß er studieren konnte?“ Das ist der Stein des Anstoßes. Der „Beobachter“ fragt aber dann in dem nämlichen Artikel: „Warum hat der Vorsitzende der Versammlung die unqualifizierbare Beschimpfung, die uns durch den Prof. Fischer begegnete, nicht gerügt?“, und er verlangt dann auf das entschiedenste, daß Herr Fischer für diese fana-

tische Äußerung dasavouiert werde. Und was ist daraufhin geschehen? Nichts! Doch ja! Herr Fischer erklärte in einer späteren Versammlung: „Ich habe mich nicht einmal gegen die Zentrumswähler gewendet; das sind die Geführten und Verführten; sondern ich habe die Führer im Auge gehabt“. Nun, zu den Führern gehören auch wir, und dafür, daß wir Ligner, Heuchler, Vaterlandsfeinde, Augenverdreher, Römlinge geschimpft werden, sollen wir ein Blatt, das in der Zurückweisung dieser Beschimpfung etwas hart angegangen hat, noch maßregeln? Diese Forderung des Herrn Abg. Fröhlich zeugt nicht gerade von der größten Bescheidenheit (Sehr richtig! im Zentrum). Das Prae in der Desavouierung haben jene, in deren Namen Herr Fischer sich diese seine Beleidigungen gegen uns erlaubt hat (Sehr richtig! im Zentrum). Diese Desavouierung wurde schon vor 2 1/2 Jahren gefordert. Der Herr Abg. Fröhlich solle Sorge dafür, daß dieser Forderung genügt werde; dann wollen wir uns wieder über eine weitere Desavouierung miteinander unterhalten.

Der Herr Abg. Fröhlich hat sich darüber beklagt, daß er wegen seiner Ausführungen über das Beichtinstitut der katholischen Kirche angegriffen worden sei, und behauptet, er habe das Bußsakrament nicht angegriffen. Nun, ich kann dem Herrn Abg. Fröhlich versichern, daß die Katholiken des ganzen Landes seine Ausführungen als eine Herabwürdigung einer unserer heiligsten Institutionen empfunden haben! (Sehr richtig! im Zentrum). Und das hat um so peinlicher berührt, da er als Protestant über eine katholische Institution sich Behauptungen erlaubt hat, die er absolut nicht erweisen kann und die zugleich auch aufs tiefste kränkend sind! Er wird nicht behaupten können, daß von irgend einem auf dieser Seite je eine Institution der protestantischen Kirche angegriffen worden sei. Seine Behauptungen über das, was im Beichtstuhl geschieht, sind auch so falsch, daß man sieht, er hat nie aus eigener Erfahrung davon Kenntnis erhalten. Wenn er gesagt hat, daß die Kinder mit 12 Jahren und noch früher durch die ihnen abgenommenen Examina in der Beicht über Einzelheiten des sechsten Gebots unterrichtet werden, so ist dieses eben einfach nicht wahr! Ich kann dem Herrn Abg. Fröhlich hier keinen Beichtunterricht erteilen, so nötig er es hätte, wenn er von derartigen Dingen reden will (Weiterkeit). Meint er doch offenbar, die Kinder würden nach irgend einem Beichtpiegel in der Beicht abexaminiert. Diese Beichtpiegel sind für solche, die ihr Gewissen in irgend einer Weise beschwert fühlen; die andern gehen ruhig darüber hinweg und werden natürlich auch in der Beicht nicht gefragt, und diese sind Gott Lob und Dank weitaus die größte Mehrzahl. Aber will etwa der Herr Abg. Fröhlich behaupten, daß bei Schulkindern, auch bei Kindern unter 12 Jahren, derartige Dinge nie vorkommen und überhaupt ganz unbekannt seien? Hat er noch nie gehört, daß durch irgend einen Wüstling ganze Schulen verdorben worden sind, daß in der Schule Dinge vorgekommen sind, die man hier nicht einmal aussprechen mag, und daß es da gewöhnlich Jahre lang gedauert hat, bis dieses Gift wieder aus der Schule entfernt werden konnte? Und wenn die Kinder vor so mancher schamlosen Ausstellung in den Schaufenstern stehen bleiben und diese Bilder gierig in sich aufnehmen — und darauf möchte ich auch mit Nachdruck den Hr. Oberschulrat und die Hr. Regierung aufmerksam machen, denn solche Sachen kommen auch in Karlsruhe vor — und wenn die Kinder schamlose Postkarten unter sich verteilen, glaubt der Herr Abg. Fröhlich, daß die kindliche Phantasie da nicht besetzt und daß dadurch nicht auch das Herz vergiftet werde? Gegen dieses hätte sich der Herr Abg. Fröhlich wenden sollen, statt daß er sich erlaubte, die katholische Beicht

als eine Schule der Unzucht hinzustellen! Dieses aber hat er getan, indem er behauptete, die Kinder würden durch die ihnen abgenommenen Examina in der Beichte über Einzelheiten des sechsten Gebotes in einer Weise unterrichtet, daß selbst ausgewachsene Sachverständige, Großstadtlebemannern da mitunter noch etwas lernen könnten. Diese grauenhafte Behauptung wagt er uns Geistlichen an den Kopf zu werfen, er, der seinen Lebtag nie in einem katholischen Beichtstuhl ges. iet ist! Das mag er in einem Graßmann gelesen haben, von einem praktizierenden Katholiken hat er das jedenfalls nicht gehört. Und bei alledem behauptet er, er habe das Bußsakrament absolut nicht angegriffen! Ich und die Katholiken des ganzen Landes können uns eine unwahrere und underechtigere (ja, ich dürfte den Ausdruck gebrauchen, den er gegen die Ausführungen des „Bad. Beobachters“ gebraucht hat) Beschimpfung des katholischen Bußsakramentes nicht denken, als sie in diesen Ausführungen des Herrn Abg. Frühhauf enthalten war!

Der Herr Abg. Frühhauf hat dann geglaubt, mir Widerspruch zwischen Theorie und Praxis in Behandlung des sexuellen Problems vorwerfen zu können. Das hat er aber nur tun können, weil er in seiner musterergültigen Unkenntnis des Beichtinstitutes aus demselben ein Herrbild gemacht hat, das allerdings mit meiner Theorie im schreiendsten Widerspruch steht, aber auch mit meiner Praxis, und das ist die Praxis aller katholischen Geistlichen. Dagegen hat er uns, während er mir Widerspruch vorwerfen wollte, keinen Aufschluß gegeben über seine eigenen Widersprüche. Offenbar hat er ein Gefühl von der Haltlosigkeit seiner Situation gehabt, als er den Schein erweckte, er selbst habe im katholischen Beichtinstitut Erfahrungen gemacht, die, wie er sagte, „zu den traurigsten Erinnerungen seiner Jugend gehören“. Der Herr Abg. Dr. Schofer hat ihm vorgehalten, er habe das katholische Beichtinstitut als eine Quelle unglückseliger Aufklärung in sexueller Hinsicht bezeichnet, und im Anschluß hieran heißt es im amtlichen Bericht: „Herr Abg. Frühhauf, hier haben Sie etwas gesagt, was Sie offenbar aus eigener Erfahrung nicht kennen! (Abg. Frühhauf: Doch!) Und wenn Sie es kennen, wollen Sie dann aus eigener Erfahrung sagen, daß Sie hier sexuelle Dinge erfahren hätten in einer Weise, die Ihnen schädlich gewesen wäre? (Abg. Frühhauf: Ja!) Wirklich? (Abg. Frühhauf: Jawohl!) „Dann fährt der Herr Abg. Schofer, zum Zeichen, daß das, was der Herr Abg. Frühhauf ausgeführt hat, nur auf den Beichtstuhl angewendet werden konnte, fort: „Dann bedaure ich, daß Sie in eine solche Lage gekommen sind. Aber das kann ich Ihnen sagen, daß überall, wo ich noch hingekommen bin, nirgends mit größerem sittlichen Ernst verfahren worden ist als im Beichtstuhl, wo über diese Dinge geredet werden mußte.“ Ich kann dem Herrn Abg. Frühhauf gestehen, daß ich auf diese seine Bemerkungen hin förmlich erschrocken bin und mir gesagt habe: Ist es möglich, daß ein katholischer Geistlicher eine derartige Taktlosigkeit hat begehen können? Und nun hat sich dann herausgestellt, daß seine ganze Erfahrung nur die Frucht verbotener Reden mit anderen Knaben gewesen ist.

Ich übergehe verschiedene andere Dinge, über die ich noch etwas zu sagen gehabt hätte und möchte nur noch bemerken, daß mir das katholische Beichtinstitut, das so manchem Verzweifelten wieder die Ruhe seines Herzens gebracht, das schon manchen Selbstmord verhindert, das so manche Feindschaft wieder aufgehoben, das in so manche Gemeinden wieder Frieden gebracht, das so manches ungerechte Gut wieder zurückgegeben, das für die bürgerliche wie für die staatliche und kirchliche Gesellschaft so ungeheuer segensvoll gewirkt hat, zu hoch steht, als daß ich es weiter verteidigen möchte gegenüber

dem Niveau, auf dem der Herr Abg. Frühhauf es angegriffen hat! (Beifall im Zentrum).

Vizepräsident Dr. Wilkens bittet, Ausführungen über die Lehrerbildungsanstalten erst beim Volksschulbudget zu machen.

Abg. Benedek (Dem.): Sie werden es begreiflich finden, wenn ich als Vertreter der Stadt Konstanz wenigstens einige Worte über die Anforderung für den Neubau eines Gymnasiums in Konstanz spreche. An und für sich ist ja diese Anforderung für uns Konstanzer im höchsten Grade erfreulich, und daß hier ein langjähriges Bedürfnis nach einem Neubau vorliegt, darüber sind sich wohl Alle einig. Es ist bei verschiedenen Anlässen schon bemerkt worden, daß die bisherigen Räumlichkeiten ungenügend, hygienisch mangelhaft und zu klein sind. Das Gymnasium war auch zeitweise so überfüllt, daß man andere Räume im benachbarten Konradshaus in Anspruch nehmen mußte, daß man schließlich die Schüler, die von auswärts die Anstalt besuchen wollten, wegen Ueberfüllung abweisen mußte, und daß die Regierung dazu geschritten ist, einen gewissen Einfluß dahin auszuüben, daß Schüler aus einzelnen Teilen unserer oberbairischen Landesgegenden, die früher ihre Schüler in das Gymnasium nach Konstanz schickten, nun nach Donaueschingen oder nach Freiburg gehen. Diesem Umstande ist es wohl auch zuzuschreiben, daß im letzten Jahre die Frequenz der Anstalt um etwa 30 Schüler zurückgegangen ist. Es war natürlich in keiner Weise für uns Konstanzer erfreulich, daß man sich genötigt gesehen hat, Schüler wegen Ueberfüllung abzuweisen und so die Stadt und ihre Anstalt zu schädigen.

Darüber, daß hier ein dringendes Bedürfnis vorliegt, brauche ich also wohl kein Wort zu verlieren, man kann höchstens nur darüber klagen, daß diesem Bedürfnis nicht schon lange in geeigneter Weise entsprochen worden ist. Dagegen ist man sich, was die Platzfrage anbelangt, in Konstanz nicht so einig wie in der Bewertung der Bedürfnisfrage, und das ist ja begreiflich. Die Herren wissen ja, daß eine Petition beim Hohen Hause eingelaufen ist, welche sich gegen den von der Regierung im Stadtteil Petershausen angekauften Platz für den Neubau wendet. Ich will hier gleich bemerken, daß die Herren, welche diese Petition eingereicht und die Sache in die Hand genommen haben, mir alle persönlich als durchaus ehrenwerte und angesehene Bürger von Konstanz bekannt sind, und ich unterstelle ohne weiteres, daß sie von ihrem Standpunkt aus, so, wie sie die Angelegenheit auffassen, nur das Interesse der Stadt dabei im Auge gehabt haben. Ich kann dabei verraten, daß diese Leute ein klein wenig pikiert waren über die Art und Weise, wie der Kommissionsbericht sie behandelte. Hier heißt es, diese Eingabe sei unterstützt worden durch Unterschriften von 9 Stadträten, 58 Stadtverordneten und 2434 Hausbesitzern, Mietern und Geschäftsleuten. Das haben die Herren als eine Bezeichnung der Wichtigkeit ihrer Darstellung aufgefaßt. Ich bin aber der Meinung, daß wohl damit gesagt werden sollte, es könne nicht ohne weiteres kontrolliert werden, ob gerade 2434 oder mehr oder weniger Hausbesitzer usw. die Petition unterschrieben haben. Jedenfalls kann ich aber bestätigen, daß in der Tat die angegebene Anzahl von Stadträten und Stadtverordneten diese Petition unterzeichnet hat, und zweifle auch nicht an der angegebenen Zahl der weiteren Unterzeichner, und ich bestätige weiter, daß es sich bei diesen Herren, die diese Petition veranlaßt haben, wie gesagt, um durchaus achtbare, ehrenwerte Männer handelt, die lediglich das Interesse ihrer Vaterstadt dabei im Auge gehabt haben. Allerdings glaube ich für meine Person, daß die Petenten

ihre Bedenken gegen den neuen Platz wohl etwas überschätzen, und ich will hoffen und von der Zukunft erwarten, daß sich jene Befürchtungen, welche die Herren hegen, nicht erfüllen werden. Sie befürchten nämlich eine Verschiebung der Liegenenschaftswerte zu Ungunsten der Altstadt, wenn das Gymnasium nach dem Stadtteil Petershausen verlegt wird. Ich glaube allerdings nicht, daß eine solche Entwertung in dem Maße eintreten wird, wie sie von den Petenten befürchtet wird. Jedenfalls ist aber die Unruhe bei jenen Leuten sehr begreiflich, weil eben die Verlegung des Gymnasiums nur ein Glied einer Kette ist. Es ist nämlich eine Reihe von anderen Einrichtungen durch die natürliche Entwicklung der Verhältnisse über den Rhein hinüber gedrängt worden, jener Stadtteil soll einen großen Güterbahnhof bekommen, auch die Reparaturwerkstätten, die Maschinenhalle werden wohl hinübergeleitet werden, und somit ist es wahrscheinlich, daß eine große Anzahl von Arbeitern, die bis jetzt in der Altstadt gewohnt haben, sich genötigt sehen wird, dorthin überzusiedeln. In diesem Stadtteil wird auch zur Zeit eine städtische Volksschule mit großen Kosten erstellt, und wenn nun auch noch das Gymnasium nach dort verlegt wird, so ist es wohl begreiflich, daß eine gewisse Unruhe sich der Bevölkerung bemächtigt hat. Aber ich hoffe, daß gerade die Errichtung dieses Gymnasiums doch nicht jene nachteilige Wirkung haben wird, welche die Unterzeichner dieser Petition befürchten. Ich betrachte es natürlich nicht als einen idealen und erfreulichen Zustand, daß das Gymnasium so weit hinaus in jenen Stadtteil gelegt werden soll, und daß ein wirklich geeigneter Platz in der Altstadt dafür nicht vorhanden gewesen ist. Hätte man einen solchen gehabt, so wäre ich für diesen eingetreten, denn ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß das Gymnasium über den Rhein verlegt werden soll, wenn in der Altstadt noch Platz vorhanden ist. Ich habe mich aber bei der Befassung mit der Angelegenheit überzeugen müssen, daß ein geeigneter Platz in der Altstadt leider nicht mehr vorhanden ist. Ich für meine Person kann nur sagen (ich habe das schon in Konstanz erklärt und wiederhole es auch hier), daß ich den alten Gymnasiumsplatz nicht als einen geeigneten in diesem Sinne betrachte. Die Petenten haben ja dafür plaidiert, daß das Gymnasium an dem alten Platz neu erstellt werden soll, damit haben sie aber selber zu erkennen gegeben, daß sie einen anderen geeigneten Platz in der Altstadt nicht vorschlagen können. Früher waren ja viele Plätze vorhanden, vor sechs, acht und zehn Jahren, aber diese Plätze wurden in der Zwischenzeit größtenteils überbaut, auf dem einen Platz ist die Oberrealschule und auf einigen anderen sind Privatgebäude erstellt, sodaß sie nicht mehr in Betracht gezogen werden können. Was nun den bisherigen Platz anbelangt, so ist er einmal nicht groß genug, wenn man ein modernen Anforderungen genügendes Gymnasiumsgebäude erstellen will. Man will doch auf Jahrzehnte hinaus etwas Gutes schaffen, und dazu ist der Platz eben zu klein. Ferner, wenn ich auch kein Schulmann bin, so leuchtet es mir doch ein, daß ein Platz unmittelbar am Bahnkörper und dort, wo der Hauptverkehr herrscht, für die Erstellung einer Schule nicht geeignet ist, denn diese muß auf einem Platze erstellt werden, wo sie in ruhiger Umgebung sich befindet, wo sie nicht unter störenden Geräuschen zu leiden hat. Aus diesem Grunde habe ich mich für meine Person mit der Sache abgefunden, daß das Gymnasium dort hinaus verlegt wird, und das scheint mir auch der Standpunkt der Stadtverwaltung zu sein. Ich möchte übrigens bemerken: Wenn die Stadtverwaltung keine Eingabe gegen diesen neuen Platz gemacht hat, so hat sie das jedenfalls nicht deswegen getan, weil sie von diesem Platz und von dieser jetzigen Lösung entzückt wäre, sondern wohl des-

wegen, weil sie hier eine Notwendigkeit, ein Muß als gegeben ansieht, gegen das man nichts mehr machen kann, und weil sie offenbar die Befürchtung hat, daß, wenn man weiter sich gegen diesen neuen, von der Regierung erworbenen Platz sperren würde, dann vielleicht die ganze Frage auf die lange Bank geschoben würde, daß vielleicht andere Städte, die ja auch dringende Gymnasiums-schmerzen haben, wie Lahr und Lörrach, uns zuvorkommen würden; letzteres wäre meines Erachtens im höchsten Grade zu beklagen vom Standpunkt der Stadt Konstanz, ihrer eigenen Entwicklung und der Entwicklung des Gymnasiums. Deshalb hat sich wohl die Stadtverwaltung, ebenso wie ich es getan habe (schließlich mit schwerem Herzen, kann ich wohl sagen), mit der Sache abgefunden, und ich will wiederholt der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Bedenken, welche die Herren Petenten gegen diesen neuen Platz vorgebracht haben, sich als übertrieben herausstellen mögen und daß die Entwicklung der Dinge eine erfreulichere sein werde, als diese Herren glauben. Ich möchte aber daran die Bitte knüpfen, daß man nun auch möglichst rasch und energisch mit dem Bau vorgehe, daß er möglichst bald durchgeführt werde, damit der jetzige unerträgliche und unhaltbare Zustand mit diesen veralteten, verwinkelten, dunklen und ungenügenden Räumen in dem jetzigen Gymnasium möglichst bald vollständig behoben und die Uebersiedlung in das neue Gymnasium bald bewerkstelligt werden kann!

Im Anschluß an diese Konstanzer Gymnasiumsfrage will ich noch auf eine andere Frage zu sprechen kommen, die Herr Kollege Quenzer hier auch zur Sprache gebracht hat und die uns in Konstanz ganz speziell interessiert. Er hat sich dafür ausgesprochen, daß die Ferienzeit der Volksschulen in den Städten mit Mittelschulen auf die gleiche Zeit wie jene der Mittelschulen verlegt werden solle. Das war bei uns in Konstanz früher der Fall. Früher hatte die erweiterte städtische Volksschule ihre 6 Wochen Sommerferien, ebenso wie das bei den Mittelschulen der Fall ist. Diese Ferien waren also ganz gleich eingerichtet. Nun ist seit einiger Zeit die Schulaufsichtsbehörde diesem früheren Zustand entgegengetreten auf Grund einer Bestimmung der Schulordnung, nach welcher die Ferien der Volksschule nicht mehr als 8 Wochen im ganzen Jahre betragen und nicht mehr als 5 Wochen ununterbrochen Ferien gegeben werden sollen, abgesehen von einzelnen Ausnahmen zu Gunsten ländlicher Verhältnisse. Infolgedessen mußte an den großen Ferien der Volksschule eine Woche abgezwickelt werden, um mich so auszudrücken. Man hat nun verschiedene Versuche gemacht, man hat diese Woche zuerst am Schlusse der Ferien und dann am Beginn der Ferien weggenommen. Aber es haben sich stets Unzuträglichkeiten und Unzufriedenheit in der Bevölkerung ergeben. Die Sache hat auch die Presse beschäftigt, es sind eine Reihe von Zeitungsartikeln darüber geschrieben worden, in denen für den früheren Zustand plädiert wurde. Es leuchten die Missethäter in der Tat auch ein. Es ist an und für sich etwas Ungerechtes und berührt die Lehrer und Schüler an den Volksschulen peinlich, wenn sie sehen, daß die Lehrer und Schüler an den Mittelschulen 8 Tage mehr Ferien haben. Sie sagen sich, daß sie an der Volksschule ebenfalls streng zu arbeiten haben und stark in Anspruch genommen sind. Es handelt sich ja um erweiterte Volksschulen mit 32 Unterrichtsstunden in der Woche, wo auch ordentlich gearbeitet werden muß und von Lehrern und Schülern ein starkes Arbeitspensum zu bewältigen ist. Es kommt aber noch weiter dazu, daß es auch bei den einzelnen Schülern insofern Missethäter und Schwierigkeiten gibt, als öfters in derselben Familie einzelne Kinder die Volksschule und andere die Mittelschule besuchen, die dann bezüglich ihrer Ferien verschieden behandelt

werden. Ferner entwickelt sich auch ein gewisser Unterschied der Behandlung bei den besser situierten Kindern gegenüber den ärmeren Kindern aus der Natur der Dinge heraus. Die besser situierten Familien benötigen ja gewöhnlich diese Ferien zu einer Urlaubsreise, und da werden natürlich die Kinder mitgenommen, auch wenn sie in der Volksschule sind. Gewöhnlich wird zu Beginn der Ferien diese Reise angetreten, die Gymnastasten oder Oberrealschüler haben da bereits frei, dagegen wird für die kleineren Kinder, die in der Volksschule sind, ein Urlaubsgefuß oder nötigenfalls ein ärztliches Zeugnis über Nervosität oder Ueberarbeitung eingereicht, was in vielen Fällen ohne Schwierigkeit zu erreichen ist; dann bekommen diese Kinder 8 Tage mehr Ferien als die armen Kinder des Volkes, die ihre ganze Schulzeit abmachen und noch acht Tage in der Schule sitzen müssen, während die anderen in der Sommerfrische sich der goldenen Freiheit erfreuen. Ich möchte also dringend bitten, daß die Möglichkeit geschaffen wird, in den Volksschulen der Stadt die Ferien auf die gleiche Zeit verlegen zu können, auf die sie in den Mittelschulen gelegt sind. Es steht ja kein Gesetz dem im Wege sondern bloß die Schulordnung, die durch einen Ministerialbeschluß ohne weiteres in der Richtung geändert werden kann. Es kann eine Ausnahme ebenso gut, wie sie zugunsten der ländlichen Verhältnisse zugelassen ist, zugunsten der städtischen Verhältnisse statuiert werden.

Wie ich mich aber in dieser Frage dem Herrn Abg. Quenzer anschließe, so kann ich erklären, daß mir seine Rede auch im übrigen eine aufrichtige Freude bereitet hat. Sie war von einem so gesunden, frischen Geist, von einer solchen Vorurteilslosigkeit und Freiheit der Auffassung durchdrungen, daß sie mich wirklich erfrischend berührt hat. Ich stehe auch im allgemeinen auf seinem Standpunkt in der Bewertung des Unterrichts an den Gymnasien, und wenn er auch hier und da ein scharfes Urteil gefällt hat, so muß ich, wenn ich an meine Schulzeit denke, ihm doch im gewissen Sinn recht geben. Die Erfahrungen sind ja bei den Einzelnen verschieden; aber mich hat diese ganze Idee des Gymnasiums mit seiner kolossalen Betonung der alten, toten Sprachen, des Lateinischen und Griechischen, nie so begeistert können, wie das vielfach bei den Philologen und früheren Gymnasiumslehrern der Fall ist. Ich will nebenbei bemerken (ich sage das selbstverständlich nicht, um etwa zu renommierten), mein Skeptizismus dieser Sache gegenüber geht nicht etwa darauf zurück, daß mir die alten Sprachen ganz besondere Schwierigkeiten gemacht hätten, sondern ich bin da relativ besser durchgekommen als in anderen Fächern; ich habe da das geleistet, was man von mir verlangte, und eigentlich noch mehr, als man durchschnittlich verlangt. Ich kann also wohl sagen, es sind nicht schlechte persönliche Erfahrungen, die mich hier beeinflussen, aber ich habe die Beobachtung gemacht, daß man eigentlich doch relativ wenig von diesem Kultus des klassischen Altertums hat. Es ist bei dem heutigen Schulbetrieb und auch bei der Vorbildung der Lehrer, die eben nicht mehr Lateinisch denken und sprechen, wie sie noch vor 100 Jahren getan haben, garricht mehr möglich, diese Vertiefung in den Geist des klassischen Altertums und in die Literatur der Griechen und Römer herbeizuführen, wie es geschehen sollte, wenn wirklich dieser große, dauernde, ideale Wert an der Sache entstehen sollte, von dem wir immer in so begeisternden Reden in diesen Vorträgen hörten. Ich bin der Meinung, daß das Gros der Schüler nur eine ganz blasse Ahnung hat (wenn überhaupt eine Ahnung) von dem klassischen Altertum und von seiner Literatur, daß beinahe alle oder wenigstens die meisten nur an der Oberfläche haften und kleben bleiben.

Ich habe neulich den Aufsatz eines hervorragenden Altphilologen gelesen, der gerade im Interesse des Verständnisses der Literatur der Griechen und Römer und der Freude daran dafür plädiert, man solle die Klassiker in guten mustergültigen deutschen Uebersetzungen in der Schule lesen, an Stelle dieser mühsamen Zusammenklauberei von Wort für Wort mit entsprechenden grammatischen Regeln, wie es jetzt notwendig ist, wenn man diese Dinge im Urtexte lesen will. Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung sagen: Wie ich als Bube von 10 oder 11 Jahren das erste Mal eine deutsche Bearbeitung von Homers Odyssee und Ilias in die Hand bekommen habe, war ich entzückt und begeistert davon, und ich habe später nie eine ähnliche Freude dabei empfunden, wenn die Sache Wort für Wort herausgelaubt und daran herumgepaßt wurde. Wenn manchmal 20 oder 30 Verse von Homer in einer Stunde durchgenommen werden, dann fehlt jeder Ueberblick, jedes Verständnis für die Größe und die Schönheit des Werkes. In einem solchen Betriebe muß die Schönheit eines Werkes mehr oder weniger verloren gehen.

Ich habe wirklich die Bemerkung gemacht, daß sehr wenig Leute, die das Gymnasium besucht haben, ich möchte sogar sagen, nicht einmal alle Lehrer, die sich mit den klassischen Sprachen befassen, ein sehr tiefes Verständnis vom klassischen Altertum, vom Begriff der Kalofagathia (dem Bildungs- und Schönheitsideal der Griechen) bekommen haben. Wenn man sich die Erinnerung an die Schulzeit hervorruft, möchte man billig bezweifeln, ob einzelne Lehrer nach ihrem Auftreten und nach ihrer Lebensführung so ungeheuer günstig davon beeinflusst gewesen sind. Besonders die allseitige, harmonische Ausbildung des Menschen, seine körperliche Haltung, sein Benehmen, gehören doch auch zu dem, was die Griechen gerade unter der Kalofagathia verstanden haben. Ich kann dabei nur bestätigen, was der Herr Kollege Quenzer von seinem Standpunkte darüber gesagt hat. Ich will aber nicht weiter auf diese Dinge eingehen, besonders mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit.

Es ist dann vielfach die Sprache gewesen von den Konvikten und von dem Betriebe in denselben, von der Notwendigkeit, ihnen staatliche Internate oder ähnliche Institute entgegenzustellen. Ich teile diesen Standpunkt. Auch ich bin der Meinung, daß gegenüber solchen von kirchlicher, von römisch-katholischer Seite — ohne dabei irgend Jemanden etwas unangenehmes sagen zu wollen — in einseitigem Geiste betriebenen und beeinflussten Anstalten der Staat die Verpflichtung hätte, dem Gleichwertigen an die Seite zu stellen, sodaß nicht, wie es häufig jetzt der Fall ist, unbemittelte junge Leute genötigt sind, diese Konvikte zu besuchen, sondern der Staat dafür sorgt, daß sie auch ohne dies bessere Schulen, auch Mittel- und Hochschulen, ohne allzu große finanzielle Opfer besuchen können. Das ist natürlich vorläufig nur eine allgemeine Anregung. Es wird Sache der Regierung sein, dieser Anregung nachzugehen und Mittel und Wege zu finden, sie auszuführen. Es ist ja nicht unsere Aufgabe, die Details hier in allen Einzelheiten vorzuzeichnen.

Daß in den Konvikten vielfach ein einseitiger Geist herrscht, und daß vielfach eine gewisse Beeinflussung der Schüler auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Konvikte in ihrem späteren Leben eintritt, wird man nicht bezweifeln können. Ich könnte auch Beispiele dafür bringen. So erinnere ich mich eines Falles aus meiner Praxis, wo ein junger Mann aus einem Konvikte ausgeschieden oder vielmehr entlassen worden war, weil er, ich glaube, zweimal bei einem Glase Bier in einer Wirtschaft gesehen wurde. Der junge Mann kam dann später in ein

anderes politisches Lager und geriet mit einem Zentrumsredakteur und einem Geistlichen in Streitigkeiten. Ich habe in diesem Prozeß ein Schreiben des Vorstandes jenes Konvikts in die Hand bekommen, in dem dieser seinen Einfluß dahin aufzubieten versucht, daß der junge Mann, der unterdessen Student geworden war, die Streitigkeiten unterlasse und von einer Klage absehe, indem er diesen seinen früheren Zögling mit den Worten apostrophiert: Wer seine Hand oder seinen Mund gegen einen Gesalbten des Herrn erhebt, den wird Gott richten!, und indem er abgesehen von dieser mehr idealen Apostrophierung noch eine praktische Folge in Aussicht stellt durch die Andeutung, daß man sich überlegen werde, ob man nicht die Stundung der Beträge, die er dem Konvikt schulde — wenn Jemand aus einem Konvikte ausscheidet, um einen anderen Beruf oder ein anderes Studium zu ergreifen, muß er die Beträge für Pension usw. zurückzahlen — ihm entziehen würde, wenn er sein Auftreten gegen den Geistlichen und die Zentrumspresse nicht aufgebe. Es ist also hier eine Art von Gängelband, das angewendet wird, an dem man die Leute auch in späterer Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Konvikt leiten kann. Das sind Zustände, die wir von unserem Standpunkte — einem Andersdenkenden nehme ich einen anderen Standpunkt nicht übel — nicht als erstrebenswert bezeichnen können, und ich bin der Ansicht, daß der Staat nur seine Pflicht erfüllen würde, wenn er durch Errichtung von staatlichen Internaten ein Gegengewicht schaffen würde.

Der Herr Staatsminister hat gesagt, es geschehe bei uns ja schon sehr viel für die Unterstützung der armen Schüler an den Mittelschulen. Das mag ja sein. Aber es geschieht jedenfalls viel zu wenig, und es geschieht jedenfalls viel weniger, als in anderen fortschrittlicheren Kulturstaaten zur Zeit schon geschieht. In Amerika ist der Unterricht an allen Volksschulen und an den sog. high schools, die ungefähr unseren Mittelschulen entsprechen, vollständig frei, und nicht nur der Unterricht ist frei, sondern auch die Lehrmittel werden unentgeltlich abgegeben. Auch an den Universitäten, wenigstens an denen, die aus Staatsmitteln unterhalten werden, ist das Kollegiengeld gegenüber unseren Verhältnissen ein ganz minimales. In den fortgeschrittenen Kantonen der Schweiz geschieht in der Beziehung ebenfalls viel mehr wie bei uns. Dort ist der Unterricht nicht nur an den Volksschulen sondern auch an den Mittelschulen vollständig frei. Ich erinnere an die Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Zürich, St. Gallen, auch in Genf und in andern französischen Kantonen ist ähnliches der Fall. Auch hinsichtlich dieser ist mir bekannt, daß dort nicht bloß bei den Volksschulen sondern auch bei den Mittelschulen sowohl der Unterricht als auch die Lehrmittel unentgeltlich gegeben werden. Wir sollten nicht rückwärts sehen, sondern bei diesen Dingen die fortgeschrittensten Einrichtungen in anderen Staaten uns zum Muster nehmen. Wenn wir aber doch rückwärts sehen wollen, so kann ich daran erinnern, daß in den Grundrechten, die 1848/49 vom Frankfurter Parlament aufgestellt wurden, als ein integrierender Bestandteil der Reichsverfassung die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichtes und des Unterrichtes schlechtweg vorgesehen war, und daß auch bezüglich der höheren Unterrichtsanstalten, Gymnasien, Universitäten usw., ein gesetzliches, verfassungsmäßiges Anrecht für alle Unbemittelten auf unentgeltlichen Besuch gewährt war. Ich weiß ja wohl, daß bei uns unter Umständen auch Unbemittelte zum unentgeltlichen Besuche der Mittelschulen und Universitäten zugelassen werden; aber es ist das immerhin, ich will nicht sagen eine Gnade, aber einen ähnlichen Beispielschmaack hat es immer. Dagegen war hier in diesen

Grundrechten von 1848 ein solcher Anspruch verfassungsmäßig für jeden Unbemittelten festgelegt.

Es ist sodann auch von dem Religionsunterricht die Rede gewesen und von der Notwendigkeit, ihn an der Schule beizubehalten, um den Kindern einen Ueberblick über die christliche Kultur und über die christliche Religion zu geben. Ich möchte mir demgegenüber den Zweifel erlauben, ob das gerade bei dem jetzigen Religionsunterrichte erreicht wird. Der jetzige Religionsunterricht ist mehr oder weniger einseitig konfessionell. Ueber die christliche Kultur, über das christliche Ideal und über die Entwicklung der christlichen Religion haben wir weniger Unterricht, sondern der Religionsunterricht ist ein spezifisch römisch-katholischer, ein protestantischer oder ein lutheranischer usw. Wir haben ja nicht eine einheitliche christliche Religion, sondern wir haben so und so viele Konfessionen, und jede derselben wird natürlich von ihrem eigenen Geiste beseelt und wird eine gewisse feindliche Spitze gegenüber den andern haben. Wenn man also einen unbefangenen Unterricht über die christliche Kultur, eine unbefangene Unterweisung über christliche Geschichte, über christliche Religion oder eigentlich über die verschiedenen christlichen Religionen bekommen will, so wird das nur von einem Unparteiischen geschehen können, der nicht auf dem Standpunkt einer dieser Konfessionen steht, etwa dann, wenn die Kinder diese Unterweisungen im Zusammenhang mit dem Geschichtsunterricht erhalten oder wenn diese Dinge als spezielles Fach, als Kulturgeschichte, oder wie man sich denken will, gelehrt werden. Die bisherigen Zustände aber in dieser Beziehung sind, glaube ich, nicht so, daß unter ihnen den Kindern ein vorurteilsloses, unbefangenes Bild der Sache gegeben wird, sondern unter den jetzigen Verhältnissen werden mehr oder weniger Parteimänner im religiösen Sinne nach der einen oder andern Seite hin gezüchtet.

Wenn gesagt worden ist, daß im Religionsunterricht auch Zweifel besprochen und gelöst werden sollen, so möchte ich nicht gerade jedem Schüler raten, daß er Zweifel gegenüber seinem Religionslehrer äußert, er könnte da unter Umständen sehr böss ankommen. Dazu ist meines Erachtens auch der Religionsunterricht nicht da. Das ist ja schließlich das Wesen des Glaubens, daß er nicht zweifelt, sondern daß er Dinge annimmt, die man nicht sehen, die man nicht fühlen, die man nicht beweisen kann. Es ist ja das eine reine Gefühlsache, bei der ein Zweifel unter Umständen ganz unzulässig ist. Deswegen glaube ich nicht, daß hier auf dem Wege der Kontroverse über Zweifel zwischen Schülern und Lehrer viel zu erreichen ist, sondern ich nehme an, daß der Lehrer sagen wird: Das, was in Zweifel gezogen wird, ist eben einfach eine Vorschrift, ein Dogma, und wenn du es auch nicht begreifen kannst, du mußt es glauben! Das ist ja das Wesen des Glaubens, daß man etwas glaubt, was sich nicht beweisen läßt. Deswegen wird wohl auf diesem Wege der kritischen Behandlung des Religionsunterrichts nicht viel erreicht werden, solange der Religionsunterricht von Geistlichen einer Konfession erteilt wird.

Im Zusammenhang damit will ich nicht etwa näher auf die Frage der Beichte oder der Behandlung der Kinder in der Beichte eingehen, wie das der Herr Kollege Dieterle in einer Kontroverse gegen meinen Freund Fröhauß getan hat. Aber ich halte mich doch verpflichtet, meinem Freund Fröhauß zu bestätigen, daß auch mir glaubhafte Mitteilungen ähnlicher Art wie die feinnigen über die Behandlung von neun und zehnjährigen Knaben und Mädchen in der Beichte und auch über die sogenannte Eheunterweisung schon

gemacht worden sind. Ich gehe nicht so weit, die Sache zu verallgemeinern. Ich kenne mich in diesen Dingen nicht so sehr aus, ich will hoffen, daß es sich vielleicht um Fehlgriffe Einzelner gehandelt hat. Es sind allerdings Fehlgriffe sehr grober Art. Es sind mir z. B. Dinge mitgeteilt worden, wie daß die Kinder in der Beichte ganz direkt auf den Unterschied der Geschlechter aufmerksam gemacht worden sind, daß zum erstenmal ihr Augenmerk bei dieser Gelegenheit darauf gerichtet worden ist. Ebenso sind mir über die sog. Eheunterweisung Dinge vorgetragen worden, die man in guter Gesellschaft gar nicht wiederholen darf. Ich will annehmen, daß es sich hier um einzelne Taktlosigkeiten von solchen Geistlichen gehandelt hat, die nicht genügend gebildet waren, von Männern, die zwar eine gewisse Summe von Kenntnissen haben mögen, denen aber wohl die Herzensbildung mangelt. Aber daß solche Mitteilungen auch mir gemacht worden sind, und nicht bloß meinem Freunde Fröhlich, das hier zu bestätigen, habe ich mich sozusagen in meinem Gewissen verpflichtet gefühlt, nachdem er wegen dieser Sache in dieser Weise angegriffen worden war.

Abg. Dr. Binz (natl.): Die Zahl des etatsmäßigen Lehrpersonals an der Karlsruher höheren Mädchenschule ist, wenn ich recht unterrichtet bin, sehr knapp bemessen. Es sind bezügliche Wünsche der Direktion in Uebereinstimmung mit der Stadtverwaltung an die Großh. Regierung gelangt, ihnen aber leider nicht in vollem Umfange entsprochen worden. Es wäre sehr zu wünschen, wenn das vielleicht noch im Nachtragsetat geschehen könnte. Es handelt sich dabei insbesondere um die Statifizierung einer weiteren Lehrerin. Die Stadt Karlsruhe hat mit einem sehr erheblichen Kostenaufwand im Verlaufe der letzten Jahre ein neues Mittelschulgebäude errichtet, das demnächst in Betrieb genommen werden soll. Die staatlichen Anforderungen für die Ausstattung dieser neuen Mittelschule, die nach dem Plane des Reformgymnasiums eingerichtet werden soll, werden im Nachtragsbudget erscheinen, wie uns schon von Seiten der Großh. Regierung mitgeteilt worden ist. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß hierbei die Unterrichtsverwaltung den Anliegen der Stadtgemeinde tunlichst entgegenkommt.

Der Herr Abg. Fröhlich hat von der Notwendigkeit eines zweiten Gymnasiums in Karlsruhe gesprochen, ich komme darauf mit einem Worte zurück. Wie allerseits anerkannt wird, haben bisher die Städte, insbesondere auch die Stadt Karlsruhe, auf dem Gebiete des Schulwesens außerordentlich Bedeutames geleistet, und sie haben sich auch außergewöhnliche finanzielle Lasten auferlegt. Natürlich legen sie auch Wert darauf, dieser finanziellen Beteiligung entsprechend mit ihren Wünschen gehört und berücksichtigt zu werden. Ob nun die Städte, und insbesondere Karlsruhe, dem immer wachsenden Bildungstribe unseres Volkes entsprechend, auch fernhin und auf absehbarer Zeit die neuauftretenden Bedürfnisse an Schulanstalten aus Eigenem werde befriedigen können, das scheint mir sehr zweifelhaft, ich möchte die Frage verneinen. Freiburg hat bekanntlich inzwischen, worüber wir uns ja gefreut haben, ein neues zweites Gymnasium erhalten. Auch für Karlsruhe wird im Hinblick auf die Frequenz der verschiedenen in Betracht kommenden Schulen die Frage des Neubaus eines zweiten Gymnasiums wohl schon in nächster Zeit in die reale Perspektive treten müssen. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, der Sache näher zu treten.

Es ist im Verlaufe der Debatte verschiedener Männer ehrend gedacht worden, die gestorben sind, und die lange Jahre mit großem Erfolge im Dienste unserer Schule,

speziell unseres Mittelschulwesens, gearbeitet haben. Es hat uns von der Fraktion natürlich besonders gefreut, daß von allen Seiten des verstorbenen Kollegen Weggoldt in so ehrender Weise gedacht worden ist. Ich möchte nur einer Wendung nicht zustimmen, die bei dieser Aussprache über die Verdienste jener Männer unterlaufen ist, der Bemerkung des Herrn Abg. Fröhlich nämlich, daß die vom verstorbenen Oberschulrat Weggoldt hinterlassene Lücke nur ganz unzulänglich ausgefüllt sei. Der Herr Oberschulratsdirektor hat die bezüglichen Ausführungen des Herrn Abg. Fröhlich anscheinend auf sich bezogen. Ich habe sie anders verstanden (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!), und ich will in diesem Zusammenhang für meine Person, aber auch im Einverständnis mit allen Mitgliedern meiner Fraktion, der vollen Befriedigung über die Art und Weise Ausdruck geben, wie sich der neue Herr Oberschulratsdirektor auf diesem Landtag eingeführt hat (Zustimmung bei den Liberalen). Wir wissen seine großen Verdienste in der Vergangenheit zu schätzen; wir haben aber auch das vollste Vertrauen, daß er aus dem Geiste heraus, den wir aus seinen so trefflichen Worten in mehrfachen Ausführungen erkannt haben, für unser gesamtes Schulwesen nur Ersprießliches, Erfreuliches wird leisten können (Beifall bei den Nationalliberalen). Ich habe gesagt, daß ich mich über die Anerkennung freue, die unserm verstorbenen Kollegen Weggoldt zu teil geworden ist; aber ich wünsche nicht, daß diese Anerkennung auf Kosten seines Nachfolgers ausgesprochen wird. Dieser Nachfolger, Herr Oberschulrat Armbruster, ist nicht nur in den Kreisen der Eltern, sondern auch in den Kreisen der Schulmänner und der Lehrer, die mit ihm — zuletzt als Vorstand des hiesigen Lehrerseminars — zusammengearbeitet haben, als ein hervorragender und in jeder Beziehung gebiegender Schulmann anerkannt, und ich habe die Zuversicht, daß er als Nachfolger Weggoldts im Respekt seiner Aufgabe in vollem Maße gerecht werden wird. Es wäre doch auch durchaus ungerecht und unzulässig, bevor Herr Armbruster auch nur Gelegenheit und Zeit gehabt hat, sich praktisch an der Stelle zu betätigen und zu bewähren, an der er sich jetzt befindet — in früheren Stellen hat er sich bewährt —, ihm mit einer Art Mißtrauensvotum gegenüberzutreten. So wie ich und viele Andere die bisherige Tätigkeit des Herrn Oberschulrats Armbruster beurteile, halte ich es durchaus nicht für ausgeschlossen, daß wir in ihm, der fortgeschrittenen Zeit entsprechend, eine zweite „verbesserte Auflage“ erhalten, so gut auch die „erste Auflage“ schon gewesen ist.

Gegen den Herrn Professor Fischer in Karlsruhe, meinen Mitbürger, sind von jener (zum Zentrum) Seite verschiedene Auslassungen gemacht worden im Gegenstoß gegen die Ausführungen des Herrn Abg. Fröhlich. Ich will mich auf Einzelheiten in dieser ja ziemlich weit zurückliegenden Sache nicht einlassen. Ich kann nur aussprechen, daß die Art, wie der „Badische Beobachter“ und andere Zentrumsblätter, die ihm nachgeschrieben haben, gegen die Person des Herrn Professors Fischer vorgegangen sind, nach meiner Meinung auf einem derart tiefen Niveau der öffentlichen Polemik stand, daß auch ich in etwas erwartet habe, es würde wenigstens ein Wort der Mißbilligung (Abg. Fröhlich: Sehr gut!) auch von Zentrumsseiten zu hören sein. Das war nun also nicht der Fall! Ich will das lediglich konstatieren. Wenn ich das sage, so identifiziere ich mich nicht mit allem, was schon in öffentlicher Aussprache aus dem Munde des Professors Fischer vernommen worden ist. Ich habe selbst in Versammlungen, glaube ich, wie in früheren Landtagen Anlaß gehabt, wie gegen Herrn Professor Boethling so auch gegen den Herrn Professor Fischer und die Art, wie diese Herren glauben, ihren Bestrebungen im öffentlichen Leben

Geltung zu verschaffen, mich auszusprechen; ich kann auf das, was ich früher gesagt habe, auch heute verweisen. Wir von der nationalliberalen Partei sind der Meinung, und das harmoniert durchaus mit unseren Grundsätzen, daß auch im kirchenpolitischen Kampfe niemals die Achtung außeracht gelassen werden darf, welche die Konfessionen sich und ihren Institutionen gegenseitig schuldig sind, und welche jeder einzelne Konfessionsangehörige für sich und die Gesamtheit seiner Konfession beanspruchen darf. Wir können es nicht billigen, wenn verletzende Worte, sei es gegen Institutionen einer Kirche, sei es gegen eine Gesamtheit von Personen, die der Kirche, die einer Konfessionsgemeinschaft angehören, gebraucht werden. Wir mißbilligen es, wenn die im Interesse der gegenseitigen Achtung und des Friedens unter den Konfessionen festzuhaltenden Grenzen bei der öffentlichen Erörterung nicht beobachtet werden. Es ist daher ungerathen und im höchsten Maße unangebracht, wenn, wie wir das heute wieder vom Herrn Abg. Dieterle haben hören müssen, davon gesprochen wird, daß das eben „nationalliberale Katholiken“ sind, die sich gegen die katholische Kirche, gegen einzelne ihrer Institutionen, gegen deren Konfessionsangehörige in verletzender Weise auslassen. Ich protestiere dagegen, daß das nationalliberal sein soll. Ich meine, Sie (zum Zentrum) sollten auch wissen, daß derjenige Herr, über dessen Auftreten Sie sich am meisten beklagen, der nationalliberalen Partei gar nicht angehört, und wenn er ihr nicht mehr angehört, dies eben mit der grundsätzlichen Auffassung der nationalliberalen Partei in diesen Fragen zusammenhängt.

Aber wenn wir auf diesem Standpunkt stehen, der Gerechtigkeit halber und im Interesse des Friedens unseres Volkes, der von Gefahren genug bedroht ist, so frage ich Sie: Tun Sie (zum Zentrum) dasselbe in Allem, was zur Förderung dieser Friedensbestrebungen notwendig ist? Ich meine gerade die Erfahrungen unserer Zeit lassen starke Zweifel darüber aufkommen, ob Sie berufen sein können, in dieser Beziehung irgendwohin Vorwürfe zu erheben! Sie hätten doch auch im vorliegenden Falle bei gerechter Würdigung der Sachlage dem politischen Gegner gegenüber dazu kommen müssen, jene auf so niedrigem Niveau stehenden Artikel des „Badischen Beobachters“ abzuschütteln.

Es ist auch in der sonst bemerkenswerten und, wie ich sagen möchte, guten Rede des Herrn Abg. Neuhäuser ein Angriff gegen uns gerichtet worden. Er hat sich nicht enthalten können, die Behauptung aufzustellen, daß in der Zeit, wo die nationalliberale Partei die große Mehrheit hatte, auf dem staatlichen Gebiete, über das wir eben zu reden haben, allzuwenig geschehen sei. Ich will mich auf Einzelheiten der historischen Entwicklung nicht einlassen, aber das eine will ich festhalten, daß doch die Zentrumsparthei am allerwenigsten legitimiert ist im Hinblick auf ihre Grundsätze, im Hinblick auf ihre Vergangenheit, im Hinblick auf die Haltung ihrer Gesinnungsgenossen überall in der Welt, dem Liberalismus auf dem Gebiete des Schulwesens Lässigkeit vorzuwerfen!

Es war im Verlauf der Debatte die Rede von den Mittelschulen in den kleineren Städten des Landes, und es ist so ziemlich von allen Seiten die Meinung zum Ausdruck gelangt, daß die sechsclassige Mittelschule durchaus der siebenclassigen vorzuziehen sei. Ich kann mich den bezüglichen Ausführungen nur anschließen, möchte aber doch weiterhin dem Gedanken entgegenreten, als ob wir von unserer Seite irgendwie der Errichtung von solchen Mittelschulen auf dem platten Lande, in den kleineren Städten, Hindernisse bereiten

wollten. Wir freuen uns vielmehr darüber, wenn die Gemeinden auf diesem Gebiete vorwärts schreiten und speziell auch zur Hebung des Mittelstandes solche Schulen, insbesondere Realschulen, einrichten.

Es ist auch von den Wohnungsverhältnissen in den kleinen Städten die Rede gewesen. Ich anerkenne durchaus das Bestreben der Herren Professoren und die Berechtigung ihrer Wünsche, in den kleineren Städten überall auch wohnlich angemessen unterzukommen. Immerhin muß man sich doch auch hier unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse vor Uebertreibungen hüten. Es ist einmal nicht zu erreichen, daß in den kleinen Städten die Wohnungen in derselben komfortablen Weise eingerichtet sind wie in den größeren Städten. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Wer sich mit den mehr ländlichen Verhältnissen abzufinden weiß, wer sogar den Wunsch hat, lieber auf dem Lande als in der Stadt zu wohnen, und manche werden mit mir dem nicht abhold sein, der wird sich auch mit den mehr oder weniger großen Mängelheiten, die sich auf diesem Gebiete ergeben, abfinden müssen. Jedenfalls ist es auf dem Lande gesünder, auch dann, wenn man in einem Hause wohnt, wo in einiger Entfernung ein Gegenstand zu erblicken ist, der sonst ein Objekt des höchsten Wohlgefallens für den Bauerstmann bildet. Ich glaube, daß die Gr. Regierung hier den rechten Mittelweg finden wird. Gerechten Anforderungen sollte man entgegenkommen, ich glaube, daß auch die Gemeinden ihnen entgegenkommen werden. Allzu diffizilen Herren wird man es nicht recht machen können, und da muß man meines Erachtens auch ein Wort dagegen finden. Die Gemeinden sind aus bekannten Ursachen im jetzigen Uebergangsstadium mit Schullasten schon schwer gedrückt, und man darf ihnen die ganze Freude an der wünschenswerten Entwicklung der Schule nicht verderben.

Es war verschiedentlich von der Aufnahme der Mädchen in die Knabenschulen die Rede, und es ist von Seiten der Regierung das Wort gefallen, daß die Aufnahme der Mädchen in die Knabenschulen, die Koedukation, wie der wenig schöne Ausdruck lautet, nur ein Nothbehelf sei. Es ist mir nicht recht klar geworden, warum. Es sind wohl pädagogische Gründe, die in der verschiedenen Natur der beiden Geschlechter liegen, die eine gemeinsame einheitliche Institution bedenklich erscheinen lassen. Ich unterstelle mich dem Urtheil sachverständiger Schulmänner. Aber eines möchte ich sagen: Wenn es sich denn um einen Nothbehelf handelt, dann muß die notwendige Folge davon sein, daß die Mädchenschulen selber ausgebaut werden mit Rücksicht auf die Berufe, denen sich in unserer Zeit Mädchen zuwenden können, dann müssen die Mädchenschulen und deren Lehrplan, die bisher mehr eine ästhetische Gesamtbildung als das Ziel der Schule verfolgten, so gestaltet werden, daß die Mädchen ihre Vorbildung, zwar mit Berücksichtigung ihrer besonderen weiblichen Art, aber dergestalt erhalten können, daß sie für die praktischen Berufe, die ihnen heute erschlossen sind und künftighin wohl noch weiter erschlossen werden, genügend vorbereitet werden.

Die Lokation ist mehrfach absprechend beurteilt worden. Ich habe darüber eine etwas andere Meinung. Verschiedene Lehrer beurteilen die Leistungen der Schüler, so weit das Urtheil in den Noten zum Ausdruck kommt, oft sehr verschieden. Ich erinnere mich aus meiner Schulzeit noch sehr gut, daß z. B. ein Lehrer, der bei uns Schülern durchweg in gutem Andenken steht, auf einen guten lateinischen Stil so außerordentlichen Wert legte, daß er auch über einen oder zwei Fehler in einer Arbeit sich höchst unglücklich fühlte und dieses sein Unglück den Schüler dadurch mitempfinden ließ, daß er ihm

eine Vier oder gar Fünf gab. Der Lateinlehrer in der folgenden Klasse dagegen gab bei einem oder zwei Fehlern im Stil die Note „gut“ oder „sehr gut“. Kommt der Schüler mit einer Vier oder Fünf im Zeugnis nach Hause, wo er in der früheren Klasse „gut“ hatte, so werden die Eltern sich leicht aufregen, wie auch der Schüler, und es kam namentlich bei nervösen Eltern schlimme Szenen abspielen, von denen hier ja verschiedentlich die Rede war. Woran können aber die Eltern erkennen, daß es wohl so schlimm nicht ist? An der Lokation! Hat er ungefähr denselben Platz unter seinen Mitschülern wie früher, so beruhigt dies und ermöglicht ein richtiges Urteil. Ich fürchte, daß, wenn die Lokation an den Mittelschulen vollständig verschwindet — an den Volksschulen liegt die Sache ja etwas anders —, wo die Eltern das Vorwärtskommen auf einer bestimmten Bahn im Auge haben müssen, die nicht selten außerordentliche Verschiedenheit in der Bewertung der Leistungen der Schüler zur Folge haben würde, daß die Zahl der Fälle, in denen Eltern und Schüler sich ohne Not aufregen und beunruhigen, noch größer werden wird. Ich möchte daher es der sehr reiflichen Erwägung der Groß- Oberschulbehörde überlassen, ob gerade vom Standpunkte unserer nervösen Zeit aus betrachtet sich die Abschaffung der Lokation schlechthin rechtfertigen ließe. Aber auch abgesehen hiervon sage ich: Es müssen Mittel der Anreizung und Anspornung für die Schüler gegeben sein! (Sehr richtig!) Das Interesse am Lernen tut es bei der Jugend nicht allein. Im großen und ganzen wird ihr immer diese Zeit des angestrengten Lernens eine unerwünschte Notwendigkeit, eine Art Uebel sein. Eine unschöne Streberei muß allerdings hintangehalten werden, aber einen gefunden, fräftigen Ehrgeiz darf man der Jugend schon wünschen. Wenn ein Schüler einmal in der Klasse sich einen Platz erobert hat, so wacht er mit einer gewissen Eifersucht darüber und strengt sich an, von diesem Platz nicht verdrängt zu werden; ein solcher Wettstreit ist, glaube ich, vom pädagogischen Standpunkte — ich bescheide mich auch hier gern bei der besseren Einsicht der Herren Schulmänner — für die Fortschritte der Schüler kein zu unterschätzendes Moment.

Für die Deffentlichkeit des Unterrichts habe ich schon auf früheren Landtagen ein Wort eingelegt. Es ist auf die Schweiz als Vorbild verwiesen worden. Unsere Zeit ist von dem Prinzip der Deffentlichkeit beherrscht. Manche unberechtigte Kritik an den Lehrern wie an den Schulen würde nach meiner Ueberzeugung schwinden, wenn nicht nur den Eltern sondern überhaupt allen denen, die sich um den Schulbetrieb interessieren, Einblick in einen solchen öffentlichen Schulbetrieb regelmäßig gewährt würde. Dabei kann es sich natürlich nicht darum handeln, irgend jemand in den Unterricht der Lehrers hineinreden zu lassen.

Ueber die Bewertung der verschiedenen Unterrichtsgegenstände habe ich mich in früheren Landtagen schon ausgesprochen, ich möchte auch jetzt wieder ein Wort einlegen für die alten Sprachen an unseren Gymnasien. In neuerer Zeit scheinen sich die Stimmen wieder zu mehren, die sich mit aller Entschiedenheit dahin aussprechen, daß wir dieses unvergleichliche Bildungsmittel für unsere Jugend nicht preisgeben dürfen, gleich wertvoll für die Verstandes- wie für die Herzensbildung. Ich unterschätze nicht all das Schöne und Nützliche, was die Naturwissenschaft uns erschließt. Wer sollte nicht bewundernd staunen vor all dem Neuen und Großartigen, was uns an Einblicken in die Natur, dank vor allem der deutschen Naturwissenschaft, gewährt wird, wer

möchte nicht sich gern in alle diese Herrlichkeiten vertiefen? Unsere Jugend soll in der Schule auch ein Verständnis davon bekommen, welche gewaltigen, unendlichen Kräfte in der Natur verborgen liegen, und wie sie sich der Mensch immer mehr dienstbar machen kann und muß. — Aber die ganze Fülle des Wissenswerten zu fassen, ist dem Einzelnen, ist der Schule nicht möglich. Es ist die wichtige und schwierige Aufgabe der Unterrichtsverwaltung, die Auswahl zu treffen und im Lehrplan die Einteilung und Richtung des Lehrgangs zu bestimmen. Dabei möchte ich der Auffassung widersprechen, daß Unterrichtsgegenstände wertlos seien, deren Ergebnisse nicht unmittelbar fürs praktische Leben späterhin verwendbar sind. In Juristenkreisen kann man z. B. manchmal hören, wozu hat man uns mit *Mathematik* geplagt, diesen oder jenen mathematischen Lehrsatz zu kennen, hat für uns im Leben keinerlei Wert. Ein unrichtiger Standpunkt! Es handelt sich überall um die Durchbildung des jugendlichen Geistes zu logischem, strengen Denken; ich weiß nicht, ob wir ohne die, wenn auch bescheidene mathematische Schulung, die uns in der kurzen Zeit auf der Mittelschule zuteil wurde, auch nur das zu leisten vermocht hätten, was wir bisher zustande gebracht haben.

Die Richtung der Bildung unserer Jugend nach der Kunst möchte ich nicht übersehen wissen. Ich habe namentlich am hiesigen Gymnasium beobachten können, wie verständnisvoll der Sinn für das künstlerisch Schöne und Edle zu werden nicht veräuert wird. Ein wichtiger Bestandteil der Allgemeinbildung! Ich gedenke besonders des Gymnasialdirektors in Donaueschingen, Herrn Lutzenbach, der, früher am Karlsruher Gymnasium tätig, es in ausgezeichneter Weise verstanden hat, in den Schülern Interesse zu erwecken für die herrlichen, antiken Werke der bildenden Kunst und im Zusammenhang damit für die bildende Kunst überhaupt.

Und nicht an letzter Stelle möchte ich einen Unterrichtsgegenstand erwähnen, die *Musik*. Sie findet in unseren Mittelschulen, wenn auch in sehr bescheidenem Rahmen, ihre gedeihliche Pflege. Wir haben ausgezeichnete Musiklehrer, die sich mit Verständnis und Hingebung der Sache widmen. Ich möchte nicht, daß der musikalische Unterricht unserer Jugend in unserer realistischen Zeit irgend wie beeinträchtigt wird.

Nun die Frage: Wie hältst Du es mit der *Religion*? Unser kirchenpolitisches Gesetz vom 9. Oktober 1860 und später anschließende Gesetze, wie auch unser Elementarunterrichtsgesetz, haben grundsätzlich die Frage des Religionsunterrichts in einer, wie ich glaube, einwandfreien Weise geregelt, ausgehend von dem Grundsatz der Gewissensfreiheit, ausgehend aber auch von dem richtigen Gedanken, daß die Kirchen ihre religiös-kirchlichen Angelegenheiten durchaus selbständig zu verwalten haben. Der Religionsunterricht ist zunächst als eine Angelegenheit der Kirchen anerkannt. Unser Gesetz bestimmt weiter, daß die Eltern über die religiöse Erziehung ihrer Kinder bis zum 16. Lebensjahre zu entscheiden haben. Die Religionslehrer als solche werden demgemäß von kirchlichen Organen angestellt. Ebenso wird der Lehrplan des Religionsunterrichts von den Kirchen bestimmt. Im übrigen aber anerkennt der Staat, daß es auch seine Aufgabe sein muß (auf die Gründe will ich nicht eingehen, sie sind in zutreffender Weise namentlich von meinem Freund Obkircher dargelegt worden), dem Religionsunterricht Raum in der staatlichen Schule zu gewähren. Die Schulordnung und die schulgesehlichen Bestimmungen sind auch für die kirchlichen Organe in Ansehung des Religionsunterrichts verpflichtend. Ich sollte glauben, daß gegen diese Regelung der bekanntlich schwierigen Frage nichts einzuwenden ist. Das Gesetz hat auf diesem Gebiete eine

Art Trennung der Kirche vom Staate durchgeführt, anders z. B. in Preußen, wo bekanntlich auch die Religionslehrer vom Staate angestellt, vom Staate ernannt werden.

Es ist mir schließlich ein Herzensbedürfnis, angesichts zum Teil harter Worte, vielleicht auch mißverständlicher Worte, die gefallen sind, hier meinem Dankgefühl Ausdruck zu geben all den Lehrern gegenüber, zu deren Füßen wir dereinst in den Mittelschulen gewesen sind. Ich, und ich glaube, so ziemlich ausnahmslos alle meine Schulkameraden haben im ganzen nur gute Erinnerungen aus der Mittelschule mit ins Leben herübergenommen. Wir erinnern uns natürlich auch manchmal an gewisse nicht immer angenehme Eigenheiten dieses oder jenes Lehrers, wir denken nicht selten an „Zeus“, wie wir unseren Direktor in Freiburg damals genannt haben (Heiterkeit); er hatte auch Eigenheiten, aber es war doch ein vortrefflicher, aus einem wahrhaftigen und gesunden Idealismus heraus arbeitender, hochgeinnter Lehrer (Abg. Kopp; Rof!), und Rof! ebenso vorher (unter diesem war ich nur ein Vierteljahr). Es ist hier im hohen Hause vom „Jupiter tonans“ gesprochen worden. Uns hat der „Jupiter“ oder „Zeus“ besser gefallen als der Name, der einem späteren Direktor von den Schülern gegeben wurde, die in diesen Dingen ein merkwürdiges Talent haben, der „Zipfel“ genannt wurde (Heiterkeit). Das war ja auch charakteristisch in seiner Weise, die Schüler haben es nicht böse gemeint; aber ich möchte, wie gesagt, als das Ergebnis meiner Erfahrungen und Erinnerungen feststellen, und ich glaube im Ganzen auch im Sinne meiner einstigen Mitschüler zu sprechen: Wir haben freundliche Erinnerungen an unsere Lehrer ins Leben mit herübergenommen und bewahren ihnen herzliche Dankbarkeit. Dieselbe Beobachtung mache ich aber auch in der jungen Generation und wenn wir, die Volksvertretung, bei den verschiedenen Ressorts der Staatsverwaltung jeweils Anerkennung ausgesprochen haben den Beamten, die in erproblicher Weise ihres Dienstes gewaltet haben, möchte ich es auch als eine Ehrenpflicht ansehen, unsern Dank und unsere Anerkennung den gegenwärtig in unseren Mittelschulen wirkenden Männern für ihre gewissenhafte und erfolgreiche Arbeit, sowie die besten Wünsche für ihre fernere Berufstätigkeit im Dienste einer schwierigen, aber großen und schönen Aufgabe auszusprechen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kopp (Zentr.): Der Herr Präsident hat mir vorhin mitgeteilt, daß er den Wunsch habe, heute noch mit der Generaldebatte zu schließen. Ich gedenke, diesem Wunsch Rechnung zu tragen und kurz zu sprechen, so sehr auch die Verführung nahe liegt, in die Fußstapfen des Herrn Kollegen Binz zu treten und den inzwischen heimgegangenen Lehrern ein Loblied zu singen. Ich habe mit ganz verschwindenden Ausnahmen auch nur die besten Erinnerungen aus meiner Gymnasiumszeit. Aber ich will das nicht des Näheren ausführen. Was mich veranlaßt hat, das Wort noch einmal zu ergreifen, ist die Notwendigkeit, mit einigen Worten nach verschiedenen Seiten zu erwidern, vor allem gegenüber der Großen Staatsregierung.

Auf meinen Lokalwunsch wegen des Bertholds-Gymnasiums in Freiburg muß ich mit einigen Worten zurückkommen. Der Herr Direktor des Oberschulrats hat zu dem Gedanken der Erwerbung des Hauses nördlich vom Gymnasium, also in der Rotteckstraße, gemeint, der Oberschulrat habe mit der Adaptierung derartiger Gebäude zu Schulzwecken schlechte Erfahrungen gemacht. Er hat mich aber mißverstanden, wenn er geglaubt hat, daß ich dieser Adaptierung das Wort sprechen möchte. Wenn ich den

Gedanken der Erwerbung dieses Hauses ausgesprochen und befürwortet habe, geschah es, weil ich der Ansicht bin, daß dieses Haus sich für eine Direktorswohnung eignen würde. Man würde vielleicht dabei mit zwei Stockwerken ausreichen. Da das Haus aber dreistöckig ist, ließe sich dort im 1. Stock leicht auch die Bibliothek des Gymnasiums unterbringen. Dann würde man die derzeitige Direktorswohnung frei bekommen. Und die wäre nach meiner Kenntnis geeignet, um mehr Schulräume zu schaffen.

Nun hat der Herr Oberschulratsdirektor allerdings gemeint, daß das Friedrichsgymnasium in Freiburg noch genug Räume habe. Das mag ja sein. Allein einmal ist die Stadt Freiburg im beständigen Wachstum. Die leeren Räume im Friedrichsgymnasium werden schon aus diesem Grunde nicht mehr lange vorhanden sein. Sodann muß man auch den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Es geht wohl kaum an, daß man Schüler aus entfernteren Stadtteilen auf eine halbe Stunde und mehr Entfernung in das Friedrichsgymnasium einweist. Das wird man aber tun müssen, wenn man in nennenswerter Weise vom Bertholds-Gymnasium Schüler nach dem Friedrichsgymnasium abteilen will. Jetzt ist es ja schon so, daß man bei der Eröffnung des Friedrichsgymnasiums angeordnet hat, daß die bis zur Eisenbahnstraße wohnenden Schüler zum Friedrichsgymnasium hinausgehen müssen, während die Eisenbahnstraße hart am Bertholds-Gymnasium liegt. Das ist von den Leuten sehr unangenehm empfunden worden; man versteht so etwas nicht. Es gäbe ja in mancher Hinsicht einen Ausweg, der darin besteht, daß man die Pöglinge des Knabenkonviktes in erheblich größerer Zahl dem Friedrichsgymnasium zuweisen läßt. Aber gerade das haben die Lehrer am Bertholds-Gymnasium nicht gewollt, und der Grund hiervon gereicht dem Knabenkonvikte, glaube ich, nur zum größten Lobe. Die Herren stehen alle auf dem Standpunkte, daß diese Knabenkonviktoristen durch ihren Fleiß und ihr gutes Betragen ein so vorzügliches Element seien, daß sie kein Lehrer ohne Ansehen der Konfession und Parteilichkeit gänzlich missen möchte. (Abg. Dr. Obkircher: Die Sache war doch wohl etwas anders!) So ist es mir von den verschiedensten und bestens eingeweihten Seiten erzählt worden, und daran kann kein Zweifel sein. Es mag sein, daß auf jener Seite ein anderes Bestreben dabei mitobgewaltet hat, daß man befürchtete, das Friedrichsgymnasium könnte, um mich so auszudrücken, einen zu schwarzen Anstrich bekommen, und das haben die Leute, die den Herrn Abg. Obkircher bedient haben, teilweise vielleicht auch verhindern wollen. Aber das erstere, was ich genannt habe, war doch vorwiegend ausschlaggebend.

Ich möchte nun annehmen, daß die Zeit einmal kommen wird, wo man um die Erweiterungsmöglichkeit des Bertholds-Gymnasiums sehr froh sein würde, und wenn man heute ein geeignetes Anwesen zu einem nach meiner Meinung mäßigen Preise erlangen kann, so will es mir geradezu als eine Kurzsichtigkeit erscheinen, wenn man diese Gelegenheit verpaßt. Ich bin fest überzeugt, es wird sich eines Tages bitter rächen, gerade wie es sich jetzt schon rächt, daß man so lange mit der Erwerbung von Plätzen zur Erweiterung des Landgerichtes oder der Erbauung eines neuen Amtsgerichtes zugewartet hat. Hätte man hier rechtzeitig, als Häuser frei waren, zugegriffen, so wären wir jetzt nicht in dieser Verlegenheit und stünden nicht vor den sehr großen Kosten, die uns dort bevorstehen. Ich möchte deshalb die Regierung bitten, daß sie die Frage noch einmal einer Erwägung unterzieht.

Sodann muß ich auf den Disziplinarfall, den ich angeführt habe, zurückkommen. Der Herr Staatsminister hat gemeint, es sei ein Grund zu einer so

scharfen Beschwerde gegen die Regierung nicht vorgelegen. Ich habe die Regierung nicht angegriffen, sondern ich hatte nur diejenigen im Auge, die für den betreffenden Erlaß verantwortlich sind, und das war der Oberschulrat und hier auch nicht der gegenwärtige Direktor, denn es war vor seiner Zeit. Die Erlasse tragen auch die Unterschrift seines Vorgängers. Daneben habe ich allerdings auch den betreffenden Respektanten im Auge gehabt, welcher die Hauptverantwortung für die Sache tragen wird. Dem Herrn Staatsminister aber mache ich gar keinen Vorwurf daraus.

Nun hat der Herr Staatsminister gemeint, die Beschwerde, die ich vorgebracht habe, sei an sich unbegründet. Ich muß demgegenüber aufrechterhalten, daß diese Beschwerde vollständig berechtigt gewesen ist.

Der Herr Staatsminister hat weiter gefragt, warum der betreffende Herr sich nicht beim Ministerium beschwert habe. Es mag sein, daß das richtiger gewesen wäre. Allein es ist nicht Jedermanns Sache und auch nicht ungefährlich, gegen eine vorgesetzte Behörde den Beschwerdeweg einzuschlagen. Das stößt bekanntlich manchmal recht bitter auf, und der Betreffende hat dabei nicht einen sehr leichten Stand. Jedenfalls ist es kein schlechtes Zeichen für den betreffenden Mittelschulprofessor, wenn er diesen Weg nicht eingeschlagen hat.

Ich will aber, damit dem Herrn ja nicht irgendwie Schaden erwächst, Folgendes bemerken. Der Herr Staatsminister hat mit einer Art Vorwurf hervorgehoben, es sei nicht in der Ordnung, daß der betreffende Herr sich an einen Abgeordneten wende, statt den Instanzenweg einzuschlagen. Demgegenüber kann ich nur feststellen, daß der Abgeordnete meiner Fraktion, der mir die Sache mitgeteilt hat, an dem früheren Wohnsitze des Professors ersucht worden ist, diese Sache einmal öffentlich zur Sprache zu bringen. Nicht von dem betreffenden Professor ist er ersucht worden, sondern von anderen Leuten, von dessen Freunden, die sich darüber aufgehalten haben, daß dieses eigentümliche Verfahren eingeschlagen worden ist. Darauf hat der betreffende Abgeordnete sich allerdings verpflichtet gefühlt, sich an den betreffenden Professor zu wenden und um nähere Auskunft zu bitten, weil er das bestätigt haben wollte, was man ihm mitgeteilt hatte, und daraufhin hat er eine Antwort bekommen, die das bestätigt hat. Der betreffende Professor ist also dem Abgeordneten nicht nachgelaufen, sondern hat erst auf Ansuchen Antwort gegeben; die Anregung an den Abgeordneten ist von anderer Seite erfolgt.

Der Herr Staatsminister hat gemeint, es handle sich hier überhaupt nicht um einen Verweis im Sinne des Beamtengesetzes. Ich finde diese Unterscheidung etwas gar zu fein, ich finde daß da etwas Silbenstecherei darin enthalten ist. Es ist natürlich insofern kein Fall des Beamtengesetzes, weil in der Tat die Vorschriften des Beamtengesetzes nicht eingehalten worden sind. Wenn aber in dem betreffenden Erlasse steht: „Wir sprechen dem Professor X.“ ich will ihn nicht nennen — „wegen dieses mit seinen Dienstpflichten und mit den Interessen der Anstalt, in der er angestellt ist, in Widerspruch stehenden Verhaltens unsere ernste Mißbilligung aus und geben ihm zugleich auf, sich künftighin gegenüber den übrigen Anstaltslehrern sorgfältig jeder Aeußerung zu enthalten, die von letzteren irgendwie verletzend empfunden werden könnte“ — und wenn dann gleich beigefügt wird: „Auch werden wir bei nächster sich bietender Gelegenheit die Veretzung des Professors an eine andere Anstalt herbeiführen“, so wird doch jeder, der die Sache nüchtern und unbefangen prüft, sagen müssen: Das ist ein Verweis in aller Form, und hier ist eine Strafveretzung, eine nicht gewollte Veretzung bereits angedroht und in unmittelbarer Aussicht

gestellt. Es wird für den betreffenden Professor und auch für diejenigen, die Kenntnis von der Sache erhalten haben, auch für die beteiligten Kollegen, höchst einerlei sein, ob das nun ein Verweis im Sinne des Beamtengesetzes ist oder ein anderer Verweis. Der Professor hat eben einen Verweis bekommen, und zwar einen recht scharfen Verweis. Der Verweis steht in seinen Personalakten, es kann ihm das nicht einerlei sein.

Nun kommt aber das Zweite, und darauf hat der Herr Staatsminister sich noch gar nicht geäußert. Ich habe weiterhin vorgebracht, daß der betreffende Professor daraufhin dann den Oberschulrat ersucht hat, ihm die Beschwerdepunkte, die gegen ihn vorgebracht sind, mitzuteilen, ihm eine Abschrift der betreffenden Beschwerdeschrift zu schicken. Er hat sie aber nicht bekommen. Man hätte ihm doch wenigstens die Beschwerdepunkte mitteilen müssen, denn er hat ausdrücklich gesagt: Ich muß mich rechtfertigen können, ich bin überzeugt, daß ungerechtfertigte Anschuldigungen gegen mich erhoben sind. Es wurde lediglich erwidert: „Dem Professor X. ist auf seine Eingabe zu eröffnen, es liege für uns kein Grund vor, auf weitere Erörterungen der Sache einzugehen, und es müsse deshalb bei unserer Entschliezung vom 28. Dezember v. J. sein Bewenden behalten.“

Man hat es ihm also abgelehnt, und dann hat er später noch einmal darum gebeten hat aber darauf keine Antwort bekommen.

Der Herr Staatsminister hat noch hervorgehoben, der betreffende Professor habe ganz genau gewußt, um was es sich handle. Das ist richtig und ist nicht richtig. Er hat durch Privatgespräche so halb und halb ahnen können, was gemeint war. Es war nämlich einmal ein Wortwechsel vorgekommen, anlässlich der letzten Landtagswahl hatten ein paar Herren unter sich Auseinandersetzungen; jener Professor behauptet, er sei der Angegriffene gewesen, und hat nun vielleicht auch eine scharfe Aeußerung zur Abwehr gebraucht. Er hat also ungefähr ahnen können, um was es sich handelt; er hat aber nicht gewußt, welches die einzelnen Beschwerden waren. Das war die Hauptsache; er mußte doch im einzelnen wissen, inwiefern er sich unkollegial benommen habe, was ihm besonders zum Vorwurf gemacht werde, und das wurde ihm eben nicht mitgeteilt.

Nun hat der Herr Staatsminister ja noch angeführt, es habe der betreffende Professor einem Oberschulratsmitglied selbst zugegeben, daß er zu weit gegangen sei. Dazu bemerkt der Professor in der dritten Eingabe an den Oberschulrat, auf die er keine Antwort bekam, u. a. Folgendes: Er sei allerdings von dem Großh. Oberschulrat über sein Verhältnis zu den Kollegen gefragt worden, aber er habe nur entgegnet: „Glauben Sie, Herr Oberschulrat, ich lasse mir Alles gefallen?“ Er sagt dann mit Recht, wenn daraus jetzt abgeleitet werde, er habe ein Zugeständnis seiner Schuld gemacht, so nehme eben der betreffende Oberschulrat a priori an, daß er ein Schuldiger sei, weil er erwidert habe: „Glauben Sie denn, Herr Oberschulrat, ich lasse mir Alles gefallen?“ Er habe aber weiter gar nichts sagen wollen, als daß er dem Andern auch eine etwas lebhaftere Antwort gegeben habe, er sei eben gereizt gewesen. Seine Antwort gegenüber dem Oberschulrat war also kein Schuldbekennnis, und wenn man hier klar sehen wollte, so mußte man eben vor allem feststellen, was vorausgegangen war.

Auf Grund dieser Darlegung muß ich es aufrecht erhalten, daß in diesem Falle zweifellos ein Verfahren eingeschlagen worden ist, das den Bestimmungen unseres Beamtengesetzes nicht entspricht und das auch, ich möchte fast sagen, gegen das Naturrecht verstößt. Denn es ist doch sonnenklar, daß nach unseren modernen Anschau-

ungen eine vorgesezte Behörde nicht eine schwere Mißbilligung aussprechen darf, ohne dem Betreffenden Gelegenheit zu geben, sich im Einzelnen zu äußern. Und daß nachher, wenn er nochmals Verwahrung einzulegen versucht und sagt, er möchte im Einzelnen wissen, was gegen ihn vorgebracht worden ist, ihm die Bekanntgabe der Beschwerden verweigert worden ist, das halte ich für außerordentlich hart, das halte ich auch nicht für gerecht. Ich bedaure deshalb, daß ich von dem, was ich nach der Richtung hin ausgesagt habe, nichts zurücknehmen kann.

Ich habe in meiner ersten Rede nur ganz beiläufig ja auch eine gewisse Lehrerpresse mißbilligend erwähnt, es hat sich dabei um die „Neue Badische Schulzeitung“ gehandelt. Ich habe auch angegeben, in welcher Richtung ich ihre Haltung bemängelte, und ich hätte noch vieles andere hinzufügen können. Das hat dann dem Kollegen Frank Veranlassung gegeben, die Sache so hinzustellen, als ob ich das Bedürfnis empfunden hätte, dieses Blatt oder seinen Redakteur und die Verfasser jener Äußerungen der Regierung zur Maßregelung zu empfehlen. Das ist mir nicht im Traum eingefallen, und ich komme lediglich darauf zurück, um das hier festzustellen. Der Zweck, den ich bei jener Erwähnung hatte, war, gegenüber den allgemeinen Lobsprüchen, die unserer modernen Schule gespendet wurden, doch auch gewisse Schatten hervorzuheben. Es schien mir nötig, Einzelnes, was ich in dieser Zeitung gelesen habe, hier vor aller Öffentlichkeit festzustellen und zu zeigen, daß hier eine unerschrockene Erscheinung vorliegt. Der Herr Staatsminister hat uns ja auch beigepröchtelt. Um mich nur ein klein wenig damit zu befassen, brauche ich nur auf Einzelnes hinzuweisen, wenn ich an das denke, was speziell über den Herrn Staatsminister selbst gesprochen worden ist, wie man über den gegenwärtigen Direktor des Oberschulrats gesprochen hat, wie man, als der Herr Kollege Wegboldt kaum gestorben war, da gleich dazu überging, einen Kreis Schulrat, von dem man befürchtete, er könnte am Ende zum Oberschulrat befördert werden, als Zentrumsanhänger zu verdächtigen, und wie man gewissermaßen mit den Mitteln der Einschüchterung gegen seine Beförderung zu wirken suchte, weil darin eine große Gefahr läge, obgleich man die Qualifikation des Mannes nicht beabredeten konnte. Wenn in dieser Art Personen behandelt werden, wenn ich sehe, wie auf Grund einseitiger Berichte manche Personen, besonders Geistliche, behandelt werden, dann muß ich schon sagen: Hier ist ein Ton in Beamten- und persönlichen Fragen, der zu den bedauerlichsten Erscheinungen zu rechnen ist, und das wird man feststellen dürfen, ohne daß man in den Verdacht kommt, daß man den Strafrichter oder das disziplinäre Einschreiten der Oberbehörde anrufen wolle. Die Öffentlichkeit soll sich damit beschäftigen, und wenn sie das genügend tut, dann muß auch in der angebotenen Richtung hin Wandel recht wohl möglich sein. Das Einschreiten des Strafrichters oder das disziplinäre Einschreiten ist mir daneben ganz gleichgültig.

Es sind dann im Verlauf der Debatte eine Reihe von Dingen behandelt worden, auf die ich nicht näher eingehen will. Einige muß ich aber doch kurz hier besprechen. Es ist namentlich von dem Herrn Kollegen Fröhlich darüber gewettert worden, daß in Rastatt am Gymnasium unhaltbare Zustände seien, insofern dort die Lehrer alle katholisch seien. Ich weiß nicht, ob wirklich noch alle katholisch sind; so viel ich weiß, sind es jedenfalls die unständigen Lehrer vielfach nicht, es sind unter diesen auch Protestanten. Zu meiner Zeit — ich war ja auch einmal im Rastatter Gymnasium — waren allerdings die Professoren katholisch; das hat aber einen sehr erklärlichen Grund gehabt: Die Anstalt wird dotiert aus dem Vermögen einer

Baristenschule, einer Mönchlichen Schule; es ruht auf ihr die Verpflichtung, daß diese Stellen, die also gewissermaßen Pfünden aus kirchlichen Mitteln sind, nicht durch Nichtkatholiken besetzt werden dürfen. Und wenn die Oberschulbehörde dem auch jetzt noch Rechnung trägt, dann wird man das nicht tabeln können. Ich habe auch nie gefunden, daß die Anstalt darunter notgelitten hätte oder daß das religiöse Empfinden von Protestanten oder Israeliten verletzt worden wäre.

Es hat mich gefreut, von den Herren auf der nationalliberalen Seite zu hören, daß auch sie gegen die Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule sind, und daß sie sogar recht warme Worte für die Aufrechterhaltung des Religionsunterrichtes gefunden haben.

Dem Herrn Kollegen Binz will ich bemerken, daß er vorhin ohne Grund eine Art Entrüstung bekundet hat, wie wenn seitens des Herrn Kollegen Dieterle ungerechtfertigte Angriffe gegen seine Partei gerichtet worden wären. Das trifft aber nicht zu. Das Wort „national-liberal“ ist in der Rede des Herrn Kollegen Dieterle lediglich vorgekommen in einem Zitat aus dem „Volksfreund“, und es war das lediglich ein ganz naheliegender Zitat gegenüber dem, was zum Fall des Professors Fischer gesagt worden ist. Im übrigen hat der Herr Kollege Dieterle der Geschäftslage insofern Rechnung getragen, als er — in demselben Bestreben, von dem auch ich mich leiten lassen will, in dem Bestreben, nicht zur Verlängerung der Debatte beizutragen — Dinge nicht hereingezogen hat, die durch die Verhandlung bisher nicht hereingezogen worden sind, und deren Behandlung zur Verlängerung der Debatten beitragen könnte.

Der Fall Fischer ist ja schon vom Herrn Kollegen Dieterle sehr eingehend besprochen worden. Auch der Herr Kollege Binz hat es bedauert, daß dem Herrn Fischer die Stipendien vorgeworfen worden seien, die er bezogen hat. An sich ist es zweifellos bedauerlich, wenn die Tatsache, daß einer früher Stipendien gehabt hat, in die Erörterung hineingezogen worden ist. Ich wünsche das in gar keiner Weise; ich weiß aber auch, daß meine Kollegen in unserer Fraktion alle meiner Meinung sind. Es ist das nach meiner Kenntnis anderwärts nirgends geschehen, und wenn es in dem vorliegenden Falle geschehen ist, so hat der Herr Kollege Dieterle mit Recht und in gründlichster Weise nachgewiesen, daß es sich der Herr Professor Fischer lediglich selbst zuzuschreiben hat. Wenn er uns Lüge, Heuchelei, Vaterlandslosigkeit, Augenverdreherei usw. vorwirft und in einer Weise über eine große Partei, die er einfach ultramontan nannte, sprach, kurz, wenn er Beleidigung auf Beleidigung häufte, so war es eigentlich ein Abwehrmittel, das nahe liegt, und das man keinem Menschen verdenken kann, wenn man schließlich sagte, der Herr soll still sein, es ist noch nicht lange her, daß er von ultramontanem Geld großgezogen worden ist. Das ist ihm gesagt worden und mehr nicht. Dann hat es allerdings noch eine Fehde hin und her gegeben. Es wurde beiläufig auch der Konkurs seines Vaters erwähnt. Das war ja wohl unnötig, das gebe ich zu. Wenn aber an das letztere erinnert wurde, so sollten damit nicht auf den Vater Steine geworfen werden, sondern es war zur Ausführung des übrigen eine kaum vermeidliche Notwendigkeit, auch auf das zu sprechen zu kommen. Hätte Professor Fischer nicht so stark provoziert, so wären ihm diese Dinge niemals vorgehalten worden. Es wird auch anderwärts aus dem Bezug von kirchlichen Stiftungsmitteln oder aus dem Aufenthalt in einem Knabenkonvikt nirgends die Berechtigung abgeleitet, von dem betr. Manne zu verlangen, daß er eine bestimmte politische Richtung im Leben einnehme. Wir haben Duzende von Beamten und sonstigen gebildeten Männern, die in diesen Knabenkonvikten gewesen sind und Theologie-

stipendien bezogen haben, die heute liberal, ja jung-liberal sind, sogar noch extremeren Parteien angehören. Ich habe nie gefunden, daß ihnen das zum besonderen Vorwurf gemacht worden ist. Aber das kann man allerdings erwarten — es ist das eine Frage des Tactes und der guten Erziehung —, daß derjenige, der in diesen Häusern und mit dieser Wohlthätigkeit etwas geworden ist, nachher so viel Anstandsgefühl hat, um nicht gerade mit den verbitterndsten und schärfsten Ausdrücken und Beschimpfungen auf eine Partei und auf Leute loszuschlagen, die doch wesentlich daran beteiligt waren, daß er etwas geworden ist (Sehr richtig! im Centrum).

Der Herr Kollege Fröhlich hat dann in der Art, wie er ja Alles oder sehr Vieles zu übertreiben pflegt (Abg. Fröhlich: Es ist garnicht notwendig, bei Ihnen etwas zu übertreiben!), dargelegt, was für eine gewaltige Gefahr und was für ein großartiger Mißstand darin bestehe, daß Väter gegenüber dem Rektor des Knabenkonvikts unterschreiben, daß sie ihre Kinder gewissermaßen verpflichten, später, falls sie nicht Theologie studieren, wieder einen gewissen Betrag zurückzuzahlen. Das ist lange vor Existenz der Konvikte so gewesen, soweit Theologiestipendien in Frage stehen. Ich weiß übrigens nicht, ob der Revers überhaupt so lautet. Meines Wissens verpflichtet sich nur auf der einen Seite der Vater, daß er den Betrag zurückzahlt, und dann läßt man, glaube ich, da und dort auch den betragenden Jungen unterschreiben. Das letztere hat eigentlich gar keinen Wert, weil der Knabe sich juristisch noch gar nicht binden kann, sodaß die Sache ganz ungefährlich wäre und jedenfalls den Jungen noch nicht binden würde. Aber selbst wenn es so wäre, daß der Vater auch Namens des Sohnes die Rückzahlungspflicht übernimmt, so wollen wir doch festhalten: Mißstände sind nie zutage getreten. Ich kenne doch eine große Anzahl von solchen Personen, die in derartigen Internaten gewesen sind, habe aber noch nie gehört, trotzdem ich mich schon erkundigt habe, daß einer verklagt worden ist. Meines Wissens sind es minimale Beträge, die zurückbezahlt werden. Man wartet durchgehends, bis die Leute in fester, guter Lebensstellung sind, und dann kommt einmal eine Aufforderung, und wenn die Leute ihr nicht freiwillig folgen, so läßt man sie laufen. Nach meiner Meinung ist eine noblere Praxis, als sie seitens der Kirchenbehörden und der kirchlichen Verwaltungen eingehalten worden ist, überhaupt nicht denkbar. Ich möchte den Herrn Kollegen Fröhlich ersuchen, falls er andere Fälle kennt, wenn er sie attemmäßig beweisen kann, dieses nur ganz ungeniert zu tun. Ich glaube nicht, daß er viele findet, wo einer wirklich ernstlich behelligt wurde. (Abg. Fröhlich: Benedey hat sie erwähnt!)

Es ist hier aber gar nicht anders, als wie es von altersher bei den Stipendien auch gewesen ist, und zwar nicht bloß bei den Theologiestipendien sondern auch bei manchen anderen, und das finde ich ganz in der Ordnung. Wenn jemand ohne eigene Mittel die Möglichkeit zum Studium erhalten, diese große Wohlthat genossen hat, so bleibt die Wohlthat immer noch groß, wenn man ihm auch zumutet, später, wenn er einmal in guter, gesicherter Lebensstellung ist, einen Teil zurückzuzahlen. Es handelt sich nur um verhältnismäßig wirklich ganz geringfügige Beträge, die zurückverlangt werden, und Zinsen werden niemals beansprucht. Ich weiß, daß zu der Zeit, als ich noch auf dem Gymnasium war, sich die Eltern derjenigen, die in den Knabenkonvikten waren, verpflichten mußten, wenn ihr Sohn später nicht Theologie studierte, jährlich 120 Gulden zurückzuzahlen. Das ist natürlich eine Bagatelle, die in gar keinem Verhältnis zu den Wohlthaten steht, die die jungen Leute genossen haben. Deshalb wollte ich vor dem Lande feststellen, daß das Verfahren der Kirchenbehörde ein durch-

aus nobles ist, das sich überall sehen lassen kann, und daß billigerweise sich dagegen garnichts einwenden läßt.

Nun zum Antrag Fröhlich! Ich bin darüber, daß gerade der Herr Kollege Fröhlich den Antrag auf Einführung staatlicher Internate gestellt hat, offengestanden außerordentlich verblüfft gewesen; denn ich habe mich erinnert, daß der Herr Kollege Fröhlich hier vor zwei Jahren, eine Rede gehalten hat — und das war auch bei früheren Anlässen schon so —, in der er uns ausgeführt hat, daß die Konvikterziehung unter allen Umständen eine minderwertige sei; er hat sogar davon gesprochen, daß eine gewisse Konsequenz dazu führen könne, daß man speziell die kirchlichen Konvikte geradezu unterdrücke. Heute erleben wir, daß derselbe Herr, der damals von dieser minderwertigen Erziehung sprach, auf einmal verlangt, daß der Staat derartige Internate errichte! Er tritt also für etwas ein — es ist ja sicher in den zwei Jahren nichts geschehen, wodurch die Sache in ein anderes Licht gerückt worden wäre —, was er vor zwei Jahren immerhin noch als minderwertig bezeichnet hat. Wir haben gegenüber diesem Antrage ja erklärt, daß wir es nicht für die Aufgabe des Staates betrachten können, daß er derartige Internate oder Pensionen gründet. Es läßt sich ein einfaches Kosthaus mit vielen jungen Leuten nicht errichten, ohne daß auch gewisse Erziehungsgrundsätze festgestellt werden. Die Erziehung muß mit der Verpflegung in einem derartigen Hause notwendig Hand in Hand gehen. Ich fürchte aber sehr, daß wir uns über die richtigen Erziehungsgrundsätze nur außerordentlich schwer verständigen würden. Sie begründen ja diese Konvikte damit, daß Sie sagen: Auf der andern Seite stehen die kirchlichen Konvikte, und gegen diese wollten Sie ein Gegengewicht haben. Wenn Sie den kirchlichen Korporationen gestatten würden, solche Konvikte auch für künftige Laien zu errichten, so würde auf unserer Seite diesen Konvikten gegenüber kein Bedenken bestehen. Ich bin überzeugt, daß eine Menge Eltern, die nicht am Siege einer Mittelschule wohnen, ihre Kinder recht gern einer derartigen kirchlich geleiteten Anstalt übergeben würden, weil sie wissen, daß hier die richtigen Erziehungsgrundsätze gehandhabt werden. Sie wollen nun aber diese Grundsätze nicht, wie der Herr Kollege Oblitacher gesagt hat, und deswegen sollen staatliche Konvikte errichtet werden. Es sollen also in den staatlichen Konvikten die Leute zu einer Weltanschauung erzogen werden, die der unsrigen widersprechend ist. Zum Staat gehören aber auch wir; wir zahlen auch mit (Sehr richtig! im Centrum), und wenn Sie auf Staatskosten so etwas machen würden, so hätten wir das Recht, es uns zu verbitten, daß hier denjenigen, die in diese Anstalten aufgenommen werden, Grundsätze gelehrt werden, die wir nicht billigen können. Der Gegensatz der Weltanschauungen ist ja da; das ist hier bei den verschiedensten Gelegenheiten festgestellt worden. Aber gerade weil er da ist, so geht daraus klar hervor, daß der Staat zum Erzieher sehr wenig geeignet ist, weil der Staat aus Bürgern besteht, die auf den verschiedensten Weltanschauungen stehen, und deshalb bleibt es richtig, was wir Ihnen von Anfang an zugerufen haben: Das ist nicht Aufgabe des Staates. Der Staat ist in seinen Mitteln ohnedies beschränkt. Wir können nicht alles dem Staat aufladen, sondern das mögen die Korporationen, das mögen die Vereine, das mag die private Mildthätigkeit tun.

Nun hat der Herr Kollege Fröhlich gemeint, wir suchten eine Staatsunterstützung auf Umwegen zu erhalten dadurch, daß wir die Staatsdotations für die Geistlichen bekämen und infolgedessen die Stiftungen im Interesse der Konvikte geschont würden. Nichts ist unrichtiger als das, und es beweist mir nur, daß der Herr Kollege Fröhlich keine Ahnung hat über die Art, wie unsere Knabenkonvikte zustande gefom-

men sind und wie sie unterhalten werden. Es steuern da nicht etwa alte Stiftungen bei wie zu anderen Zwecken, Stiftungen, die etwa zum Gehalt der Geistlichen verwendet werden können. Es ist etwa 50 Jahre her, da hat der Erzbischof Kohler von Schuttern eine Stiftung gemacht, die erste Stiftung für ein Knabenseminar. Dann hat der Erzbischof Herrmann von Vicari eine Stiftung gemacht, und nachher sind weitere Stiftungen gekommen, namentlich von Geistlichen. Es sind aber auch Laiken gewesen, die Stiftungen gemacht haben. Weiter geht zuweilen der Klingenbeutel hierfür in der Kirche herum, und wer etwas geben will, gibt etwas. Damit werden die Knabenseminare unterhalten. Stiftungen, die für die Beförderung der Geistlichen verwendet werden könnten, werden für die Knabenseminare nicht verwendet und kein Pfennig Kirchensteuer fließt den Knabenseminaren zu. Deswegen ist die ganze Unterstellung, von der der Herr Kollege Fröhlich ausgegangen ist, eine durchaus irrtümliche. Nun sage ich: Sollte es durchaus unmöglich sein, daß derartige, was der kirchliche Teil, hier der katholische kirchliche Teil, durch Stiftungen und durch private Wohltätigkeit fertig gebracht hat, die Vertreter Ihrer Weltanschauung auch fertig bringen? Ist von Ihrer Seite der Opfergeist so gering, obwohl bei Ihnen auf der liberalen Seite die Güter dieser Welt — Sie haben selbst schon damit renommirt, auch der Herr Abg. Fröhlich hat es schon in die Debatte gezogen — in viel größerem Maße vorhanden sind als auf unserer Seite, daß das, was der katholische Teil mit seinen geringeren Mitteln verwirklicht hat, von Ihnen nicht zustande zu bringen ist? (Abg. Fröhlich a u f: Wir wollen eben simultane Anstalten!). Das können Sie ja dann machen. Rufen Sie die Leute zusammen, daß sie Stiftungen machen, wie es von unserer Seite auch geschehen ist, aber verlangen Sie nicht vom Staate, wofür wir als Private aufzukommen sind! (Zuruf des Abg. Fröhlich a u f: Glocke des Präsidenten.)

Nun noch ein Wort zur Koedukation. Ich hätte kein Wort mehr darüber gesagt, wenn mir nicht vor zwei Tagen etwas passiert wäre, was ich Ihnen nicht vorenthalten darf. Unsere Debatten hier lösen manchen Herren die Zunge, die sich sonst über diese Fragen nicht äußern. So ist es mir vorgekommen, daß mir 4 Gymnasialprofessoren begegnet sind und die fingen an, von unserer Debatte zu reden. Sie fragten: Wer hat denn nach Karlsruhe berichtet, daß man mit der Koedukation der Mädchen mit den Knaben gute Erfahrungen gemacht habe? Drei von den Herren sind an größeren Anstalten, und diese haben mir gesagt, sie hätten keine guten Erfahrungen gemacht. Einer davon ist an einer kleineren Anstalt und der sagte, bei ihnen seien keine erheblichen Mißstände hervorgetreten, namentlich seien an seiner Schule 4 Mädchen, die zu den recht gut Begabten gehören. Die Herren von den großen Anstalten haben aber gesagt, es sei nicht richtig, daß alle Mädchen in den Knabenschulen besonders gut begabt seien, es sei auch eine Reihe wenig begabter darunter, und es sei als Unglück zu betrachten, daß diese überhaupt die Mittelschule besuchen. Der Eine an der kleineren Anstalt erzählte aber immerhin, es sei in seiner Schule ein Fall vorgekommen, der pädagogisch bedauerlich gewesen sei; er hat sich auf dem erotischen Gebiet abgespielt. Die drei Professoren von den großen Anstalten stimmten darin überein: In den drei unteren Klassen geht's, da gibt's keine Schwierigkeiten. In den obersten Klassen, in der Prima, geht es auch, weil da beide Teile schon etwas ernster sind und es auch auf das Abiturium zugeht; da seien Mißstände auf erotischem Gebiete nicht jütage getreten. Dagegen von Untertertia bis Unterprima, davon wisse jeder Lehrer zu erzählen, da seien Mißstände auf diesem bedenklichen Gebiete hervorgetreten, da gäbe es manches, was vom pädagogischen Standpunkt aus bedauerlich sei, und auch im Unterricht mache es sich geltend. Es wurde ausgeführt: Wenn man in

Untersekunda griechische Geschichte zu geben habe, verwende man heutzutage Anschauungsmittel; man sei jetzt besser daran als früher, man habe jetzt Abbildungen der griechischen Kunstwerke; aber seit Mädchen dem Unterricht anwohnen, sei es kaum mehr möglich, daß man solche Bilder aufhänge, wenn man auch gar nichts darüber rede, gehe gleich das Gesicht an. Das seien zweifellos Mißstände, durch die der Unterricht und der Lehrer beeinträchtigt würden. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, das hier zu sagen. Die Herren haben mir auch gesagt, es habe ihres Wissens noch keine Konferenz stattgefunden, um über die Ergebnisse der Koedukation zu beraten. Wenn der Oberschulrat Mitteilungen darüber erhalten habe, so könnten diese nur auf Berichten der Direktionen beruhen; jedenfalls seien in ihren Anstalten die Lehrerkonferenzen nicht nach ihren Erfahrungen gefragt worden. Meines Erachtens verlangt es die Vollständigkeit, daß auch solche Tatsachen hier festgestellt werden.

Die Schmalzische Grammatik ist vom Herrn Berichterstatter Obkircher erwähnt worden. Ich kenne sie gar nicht. Es war das aber auch ein Thema, über das die vier Herren gesprochen haben. Sie waren einer Meinung, sie haben gesagt, sie würden es tief bedauern, wenn diese Grammatik, die die erste sei, die auf wissenschaftlicher Grundlage abgefaßt sei, wieder abgeschafft würde. Es sei richtig, es seien einige Stellen darin, die für das Verständnis der Schüler schwierig seien, aber diese würden sich abändern lassen, im allgemeinen sei die Grammatik vorzüglich. Sie haben hinzugefügt, es wäre auch aus einem gewissen Lokalpatriotismus auffällig, wenn wir diese Grammatik, die ein badischer Schulmann geschrieben hat, abschaffen und zum Buche eines norddeutschen Schulmannes greifen würden, das dann vielleicht nicht halb so viel wert sei. Dagegen wurde mir gesagt, wenn man an Grammatiken Kritik üben wolle, so könne man dieses Lob der griechischen Grammatik, die gegenwärtig in unseren Schulen verwendet werde, nicht spenden, hier sei eine Aenderung wohl notwendig.

Es ist davon gesprochen worden, daß man das Extemporale abschaffen solle. Ich gebe zu, daß es die Schüler ungleich belastet, insofern, als der eine rascher, der andere langsamer denkt. Aber entbehren kann man meines Erachtens das Extemporale nicht, weil der Lehrer von Zeit zu Zeit immer wieder einen Maßstab für die Beurteilung seiner Schüler gewinnen muß, und diesen findet er am besten im Extemporale.

Was das Abiturientenexamen betrifft, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß es bleiben muß. Man kommt bei gewissen Perioden des Lebens nicht über Examina hinaus, damit den jungen Leuten der Ernst des Lebens zum Bewußtsein gebracht wird. Es schadet nichts, wenn die jungen Leute auch einmal ein paar Monate sich stärker anstrengen müssen. Das ist auch später so; wenn einer ein Examen als Jurist machen will oder ein anderes, so muß er sich eben einige Monate strenger auf's Leder setzen. Das ist aber durchaus kein Schaden, man muß den jungen Leuten zum Bewußtsein bringen, daß sie zur Arbeit auf der Welt sind und nicht zum Vergnügen.

Was die Schlußprüfungen betrifft, so scheint es mir auch zweifelhaft, ob man sie abschaffen soll. Sie haben für manche Eltern doch Interesse, die Sache dauert ja nicht lange, sie ist in zwei Tagen erledigt; sie gibt aber dem Ganzen einen gewissen Abschluß. Man kann nicht immer Werktag haben, es muß auch einmal Sonntag sein, und da schadet auch einmal ein Galaunterricht nichts.

Nach ein Wort über die Lokation. Ich verkenne nicht, daß das, was gegen die Lokation namentlich vom Herrn Abg. Heimburger ins Treffen geführt worden ist, viel für sich hat. Sie bildet ja keinen absolut richtigen Maßstab für die Beurteilung der Schülerleistungen,

das ist zuzugeben, aber trotzdem stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Kollegen *Vinz* und bin der Meinung, daß stärkere Gründe für Beibehaltung der Lokation, wenigstens in den unteren Klassen bis Untersekunda, meinetwegen noch zwei Jahrgänge weiter, sprechen. Es ist ein wesentlicher Ansporn für die Schüler und eine Beruhigung für die Eltern, wenn die Lokation vorhanden ist, es ist aber auch in sehr vielen Fällen, wie der Herr Abg. *Vinz* mit Recht hervorgehoben hat, eine Rechtfertigung der Schüler gegenüber den Lehrern, wenn gegenüber den Noten, die von manchen Lehrern unnötig schlecht gemacht werden, die Lokation für einen Schüler spricht. Die Eltern verstehen die Noten manchmal nicht, und da ist es sehr begreiflich, daß sie zu allererst nach der Lokation sehen. Wenn sie nun sehen, ihr Sohn ist in der ersten Hälfte der Klasse oder auch den ersten zwei Dritteln, so beruhigen sie sich; sehen sie, daß er ganz hinten ist, so wissen sie, daß irgend etwas nicht in der Ordnung ist, und das spornt die Eltern an, auf ihre Kinder im Sinne eines größeren Fleißes einzuwirken; auf der anderen Seite wird es aber auch den Knaben nicht einerlei sein, welchen Platz sie haben, und er wird gerade mit Rücksicht auf die Lokation ganz anders arbeiten, als das sonst der Fall wäre. Nun ist mir allerdings im Zusammenhang mit dieser Lokation von einem Mittelschullehrer mitgeteilt worden, daß die Zahl der Noten zu gering sei, und daß sich die Abschaffung der Zwischennoten, die man früher hatte, mit der Durchführung der Lokation nicht vereinbaren lasse; es seien diese Zwischennoten unentbehrlich, wenn die Lokation zu einem gerechten Ergebnis führen solle. Es könne vorkommen, daß ein Schüler einen wesentlich besseren Platz bekomme, als er ihn eigentlich im Verhältnis zu den Leistungen der anderen verdiene, und daß eben bei der geringen Zahl der Noten für einen anderen Schüler vielleicht ein viel ungünstigeres Resultat herauskomme, als den Leistungen entsprechen würde.

Der Herr Kollege *Frühau* hat befragt, daß man die Ferien zusammenziehen sollte, daß man nicht 3- und 4mal im Jahre Ferien geben solle sondern nur einmal im Herbst, damit man wie in Amerika mit den Kindern auch große Reisen machen könne. Er hat gemeint, bei uns käme es gar nicht vor, daß jemand mit seinen Kindern eine Ferienreise nach Amerika mache. Dieser Gesichtspunkt ist doch eigentlich zu weit hergeholt, um auf eine andere Einteilung der Ferien hinzuwirken. Ich halte die Ferien, wie sie jetzt eingeteilt sind, die sich an die einzelnen Feste, an Weihnachten, Ostern, Pfingsten anschließen, für ein Gebot der Menschlichkeit und, ich möchte sagen, der richtigen sanitären Behandlung den Schülern wie dem Lehrer gegenüber. Es ist notwendig, daß die Leute von Zeit zu Zeit ausruhen, die Lehrer und die Schüler würden unter der Last zusammenbrechen, wenn sie vom 15. September bis zum anderen Jahr auf den 1. Juli auf die Ferien warten müßten, das ist meiner Meinung nach gar nicht durchführbar. (Sehr richtig!) Ich möchte deshalb dringend bitten, dem Räte des Herrn Abg. *Frühau* nicht zu folgen.

Zum Schluß dann noch eine Bemerkung bezüglich der Beiträge der Gemeinden zu den Mittelschulen. Bis jetzt war es ja so, daß die Gemeinden immer den Minimalgehalt des betreffenden Lehrers, sei es nun eines Professors, eines Reallehrers, eines Direktors usw., zahlen mußten, also bei einem Professor den Anfangsgehalt mit 2000 M., bei einem Reallehrer 1800 M. und für jeden Vorstand noch 300 M. Funktionszulage, zusammen also mindestens 2300 M. Diese Sätze werden ja im neuen Gehaltstarif erhöht, es wird künftig, wenn der Entwurf zustande kommt, der Anfangsgehalt des Professors 2500 M. sein, der des Reallehrers 2000 M. und des Direktors 3000 M. Wenn hieran nichts mehr geändert wird, so würde es also dahin führen, daß die

Gemeinden künftig wesentlich höher belastet würden; bei einer sechs-klassigen Realschule z. B. mit einem Direktor, drei Professoren und zwei Reallehrern würde eine Mehrbelastung von 700 M. plus 3 mal 500 M. plus 2 mal 200 M., zusammen also von 2600 M. entstehen. Das wäre natürlich eine gewaltige Mehrbelastung, welche manche von den kleinen Städten nicht ertragen könnte. Ich möchte deshalb an die Großh. Regierung die Anfrage richten, ob beabsichtigt ist, diese Vorschrift entsprechend zu ändern, damit es zu einer wesentlichen Mehrbelastung der Gemeinden nicht kommt? Ich bin der Ansicht, daß, wenn man den Gemeinden einen kleinen Teil dieser Summen auflegen wollte, man dabei jedenfalls nicht weiter wie bis zur Hälfte gehen sollte. Für die größeren Städte wäre es vielleicht eher möglich, diese Belastung zu tragen, aber wenn es erreicht werden könnte, daß den kleineren Städten überhaupt nicht mehr aufgebürdet würde, als sie bisher schon bezahlt haben, dann wäre das außerordentlich zu begrüßen, und ich wäre sehr froh darüber, weil mancher kleine Ort damit einer schweren Sorge für seine Mittelschule überhoben wäre. (Beifall im Zentrum.)

Staatsminister, Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts *Dr. Freiherr v. Dusch*: Die Ausführungen des Herrn Abg. *Kopf* bezügl. des Disziplinarparagrafen, der vor einigen Tagen erörtert worden ist, nötigen mich noch zu einer kurzen Erwiderung. Ich will mich nicht auf den materiellen Teil dieses Falles, und zwar im Gegensatz zu dem Herrn Abg. *Kopf*, einlassen, der ja sogar in der Lage war, den Erlaß des Oberschulrates an den betreffenden Lehrer mitzuteilen. Ich halte ein solches Verfahren vor diesem hohen Hause für undurchführbar, aber auch für unzulässig. Ich muß wiederholt darauf verweisen, daß, solange nicht eine Beschwerde in einem solchen Fall durchgeführt ist, auch wenn die Regierung bereit ist, Auskunft zu geben, jedenfalls eine eingehende und sachliche Erörterung in diesem hohen Hause unmöglich ist (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Wohin würde das führen, wenn wir zu dem Erlaß, den der Herr Abg. *Kopf* verlesen hat, nun ausführlich noch die Erhebungen der Schuldirektion über den betreffenden Fall verlesen wollten? Es würde der betreffende Lehrer, statt daß er sich seinerzeit, wie es sein Recht und seine Pflicht gewesen wäre, beim Minister beizuhelfen, nunmehr auf dem indirekten Wege gewissermaßen mit seinem Minister prozessieren. Das geht in dieser Weise nicht an, und ich möchte bemerken, daß, wenn der betreffende Mittelschullehrer auch vielleicht nicht die Verantwortung gegeben hat zu dem, was hier vorgebracht worden ist, meines Erachtens jedenfalls in dem Umstand, daß er nunmehr Aktienstücke zur Verlesung mitteilt, ein Verhalten zu finden ist, das die Unterrichtsverwaltung ihrerseits nicht billigen kann (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Es ist keine Silbentecherei gewesen, wenn ich gesagt habe, zwischen einer Mißbilligung und einem Verweis sei zu unterscheiden. Wenn der Herr Abg. *Kopf* sich der Mühe unterziehen will, irgend einen Kommentar auch zu anderen Beamtengesetzen, z. B. zu dem Reichsbeamten-Gesetz, durchzusehen, so wird er finden, daß überall strikte unterschieden wird zwischen den eigentlichen Ordnungsstrafen, die ich wohl im einzelnen nicht aufzuzählen brauche, zu denen aber auch ein formeller Verweis gehört, und zwischen der Mißbilligung oder der Rüge, welche im Dienstaufsichtsweg erteilt wird. Eine solche Mißbilligung lag aber, wie auch der verlesene Erlaß ergibt, im vorliegenden Fall vor. Eine Strafverlesung des betreffenden Lehrers lag ganz entschieden nicht vor, eine solche war auch von der Oberschulbehörde nicht in Aussicht genommen. Daß das nicht der Fall war, ergibt sich schon aus dem Umstand, daß der Mittelschulleh-

ber von einer sechsklassigen Realschule, die jetzt 89 Schüler zählt, in eine siebenklassige Anstalt, die demnächst in eine neunklassige verwandelt werden soll, mit 210 Schülern, verlegt worden ist; also er ist an eine höhere Anstalt, die auch höhere Anforderungen stellt, verlegt worden, und darin liegt, was ich schon in meiner ersten Rede bereits ausgeführt habe, die Anerkennung, daß die Leistungen des betreffenden Lehrers durchaus zufriedenstellend gewesen sind. Wenn nun bemerkt wird, daß er nicht formell gehört worden ist, so muß ich es ablehnen, mich etwa hier auf Erörterungen darüber einzulassen, was seinerzeit zwischen dem Mitglied des Oberschulrats, das den betreffenden Lehrer vernommen hat, und ihm verhandelt worden ist, das würde uns wieder mitten in die materielle Seite der Sache hineinführen. Aber eines muß ich hervorheben, daß auf Grund einer Bemerkung in den Akten festgestellt erscheint, daß damals in der Tat der betreffende Professor dem Mitglied des Oberschulrats zugegeben hat, daß er sich gegen seine Kollegen verfehlt habe. Das hat dann nicht aufgehört, sondern ist immer ärger geworden; schließlich hat der betreffende Herr mit drei anderen Kollegen derartige Streitigkeiten gehabt, die Sache hat sich persönlich so zugespitzt, daß es einfach dienstlich unmöglich war, ihn an dem betreffenden Orte zu lassen. Ich will nicht mehr sagen, denn ich komme sonst, wie gesagt, zu einer Erörterung der Sache selbst, ich kann nur wiederholen: Ich halte es für unmöglich und für unzulässig, daß wir hier über derartige Dinge diskutieren, die auch beim besten Willen des Hohen Hauses nicht Gegenstand einer sachlichen Beurteilung sein können, da ja dazu unbedingt erforderlich wäre, daß das Haus die Akten ganz genau kennen würde. Es wäre das Recht und ich kann noch dem, was wir heute gehört haben, beifügen, die Pflicht des betreffenden Professors gewesen, sich, wenn er sich beschwert erachtete, an seinen Minister zu wenden. Es liegt darin ein Ausdruck des Mißtrauens, daß er das unterlassen hat. Keinenfalls halte ich es, wie gesagt, für den richtigen Weg, wenn, und zwar nach langer Zeit, derartige Beschwerden auf einem Umweg zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht werden, der gar keine Garantie dafür bietet, daß die Öffentlichkeit den wirklichen Sachverhalt im Ganzen und in allen Einzelheiten auch tatsächlich erfährt.

Da ich beim Worte bin, will ich noch einige andere Dinge kurz besprechen.

Ich möchte vor allem dem Herrn Abg. Dr. Binz meinen Dank dafür aussprechen, daß er eine Angelegenheit, die ich unbedingt hätte zur Sprache bringen müssen, in einer meines Erachtens durchaus zutreffenden Weise erörtert hat. Es ist das die Art, wie Herr Abg. Fröh auf es für gut befunden hat, ein neu ernanntes Mitglied des Oberschulrats zu charakterisieren. Der Herr Abg. Fröh hat erklärt, es sei ein „wirklicher“ Nachfolger für den so von uns allen vermißten und betrauertem Abgeordneten Oberschulrat Weygoldt überhaupt noch nicht ernannt. Das ist eine Art der Kritik, gegen die die Groh. Regierung sich verwahren muß. Die Ernennung der Beamten ist Sache der Groh. Regierung, und ich kann mir bedauern, wenn in dieser Weise gegen einen hervorragend tüchtigen Schulmann öffentlich Stellung genommen wird, die ihn in der ganzen Öffentlichkeit bloß stellen muß. Aber, der Herr Abg. Binz hat darüber schon das Nötige in meines Erachtens durchaus zutreffender Weise gesagt.

Ich wende mich zu einem weiteren Vorwurf, den Herr Abg. Fröh gegen die Regierung erhoben hat, nämlich dem, daß im Falle Fischer seitens der Regierung nichts geschehen sei. Wenn ich die Ausführungen des Herrn Abg. Fröh richtig verstanden habe, so liegt der Vorwurf im wesentlichen darin, daß die Regierung keinen Strafantrag wegen Beleidigung des Pro-

fessors Fischer gestellt hat. Wader an die Oberschulbehörde noch an das Ministerium ist das Ansuchen gerichtet worden, einen Strafantrag zu stellen. Aber wenn auch das Ansuchen von dem Beleidigten an uns gestellt worden wäre, so wäre es sehr zweifelhaft, ob einem solchen Ansuchen hätte Folge gegeben werden können; denn wenn auch die ganze Art der Diskussion in den Blättern eine sehr unerfreuliche war, und ich die Angriffe in der Form, wie sie gegen Professor Fischer erfolgt sind, in keiner Weise billigen möchte, so waren doch die Beleidigungen in keiner Weise gegen das Amt des Betreffenden gerichtet, und es ist nicht Sache der Staatsanwaltschaft, wegen privater Angelegenheiten die öffentliche Klage zu erheben. Es war dem Betreffenden unbenommen, Privatklage zu erheben. Er hat das nicht getan; ich weiß nicht, welche Gründe er dafür gehabt hat. Unter keinen Umständen aber kann der Regierung, speziell der Justizverwaltung, ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie nicht etwa ihrerseits Gelegenheit genommen hat, eine Strafverfolgung zu veranlassen.

Der Herr Abg. Fröh hat sich auch noch mit meiner Person in einer Weise beschäftigt, die ich zurückweisen muß. Er hat eine Äußerung von mir, die in den amtlichen Berichten unverändert wiedergegeben ist wie ich selbstverständlich annehme nicht absichtlich aber doch tatsächlich so entstellt, daß sie einen ganz anderen Sinn hat und geeignet ist, in der Öffentlichkeit ein ganz falsches Bild von dem zu entwerfen, was ich als Unterrichtsminister anstrebe, und was ich mir zum Ziele gesetzt habe. Ich habe, wenn die Herren mir einen Augenblick noch Gehör schenken wollen, in meiner ersten Rede wörtlich folgendes gesagt: „Es ist eine sehr unerfreuliche und undankbare Aufgabe, auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung zu sparen; allein wenn die Finanzlage des Staates es gebietet, so bleibt eben nichts übrig, als daß der Unterrichtsminister, unter Umständen er allein, gegenüber Wünschen, die ihm aus den Kreisen der Schule entgegen treten, und die er gerne erfüllen würde, fest bleibt.“ Ich glaube, dieser Satz ist nicht mißverständlich. Herr Abg. Fröh hat daraus folgendes gemacht: „... denn, wie wir vorgestern von dem Herrn Minister gehört haben, faßt der jetzige Herr Unterrichtsminister seine Aufgabe zum Teil auch dahin auf, die übertriebenen Ansprüche der eigentlichen Schulmänner, gestützt auf die Autorität des Herrn Finanzministers, in ihre nach seiner Ansicht berechtigten Schranken zurückzuweisen.“ Die Ansprüche, die der Unterrichtsminister „gerne erfüllen“ würde, sind zu „übertriebenen Ansprüchen“ geworden, die er „zurückweist“. Ich verwahre mich gegen eine solche Charakteristik meiner Amtsführung. Es ist bedauerlich, wenn die Finanzlage, wie das der Fall war und noch der Fall ist, uns Beschränkung gegenüber vielen Wünschen auferlegt. Allein diese Beschränkung erfolgt, wie das Hohe Haus sehr gut weiß, nicht etwa nur auf dem Gebiete der Schulverwaltung, diese Beschränkung ist auch notwendig auf einem andern mir unterstehenden Gebiet, dem der Justizverwaltung. Auch da sind viele Wünsche unerfüllt, und es bleibt nur eines übrig: nach bestem Wissen und Gewissen die notwendigsten Wünsche voranzustellen und die anderen solange zurückzuhalten, als eben die notwendigen Mittel nicht aufzubringen sind. Ich möchte aber durch das, was ich sage, vor allem dem Gedanken widersprechen, als ob irgend welche Differenz zwischen dem Unterrichtsministerium und dem Oberschulrat vorhanden wäre, als ob es sich da um einen stillen Kampf handeln würde, bei dem das Unterrichtsministerium Anträge, die der Oberschulrat stellt, ablehnt. So ist die Sache nicht, sondern ich kann auch speziell für das jetzige Budget sagen, daß es in voller Übereinstimmung zwischen dem Di-

rektor des Oberschulrats und meiner Person aufgestellt worden ist, und daß ich nach wie vor tun werde, was ich kann, um, solange ich die Ehre habe, an der Spitze der Unterrichtsverwaltung zu stehen, nach besten Kräften, das heißt auch nach den Kräften der Staatskasse, die eben einmal etwas real gegebenes sind, alle Wünsche zu erfüllen, deren Erfüllung gekotet erscheint.

Nur noch ein kurzes Wort sei mir gestattet bezüglich dessen, was auch der Herr Abg. K o p f angeführt hat über die gemeinschaftliche Erziehung der Knaben und Mädchen. Die betreffenden Herren, die der Herr Abg. K o p f über die Ergebnisse dieser gemeinschaftlichen Erziehung gesprochen hat, haben gefragt, wer denn die Berichte an den Oberschulrat gemacht habe. Ich glaube, diese Frage hätte der Herr Abg. K o p f den Herren selbst beantworten können: Die Direktionen aller Anstalten haben die Berichte gemacht. Es sind von ihnen Berichte eingefordert worden, und es liegt in der Natur der Sache und wäre gewiß wünschenswert gewesen, wenn in den einzelnen Fällen jeweils vorher auch Lehrerkonferenzen zusammenberufen worden wären. Wenn das in dem einen oder anderen Fall nicht geschehen ist, so ist das nicht ein Verschulden der Oberschulbehörde. Die drei Professoren, mit denen Herr Abg. K o p f gesprochen hat, mögen ja im einzelnen die oder jene schlechte Erfahrung gemacht haben; es steht aber fest, daß die weit überwiegende Anzahl der Männer, die praktisch mit der Angelegenheit zu tun haben, und auf deren Urteil Wert zu legen wir allen Anlaß haben, darin übereinstimmt, daß irgend welche wesentlichen Mängel nicht entstanden sind. Daß beim Unterricht der Unterschied der Geschlechter gewisse Schwierigkeiten bei Behandlung der einzelnen Materien bietet, liegt in der Natur der Sache; aber die Gesamterfahrung war eine durchaus günstige, ich muß allerdings beifügen, eine vor allem deswegen günstige, weil eben nur eine Elite von Mädchen in die Knabenschulen kommt. Und damit komme ich auf den Punkt, den Herr Abg. B i n z heute auch berührt hat, indem er sagte, wenn die gemeinschaftliche Erziehung nur ein Nothelfer sei, wie von Seiten der Unterrichtsverwaltung und der Oberschulbehörde hervorgehoben werde, warum werde nicht dazu geschritten, nunmehr auch alsbald die notwendigen Anstalten für die Erziehung der Mädchen, die höhere Studien machen wollen, zu errichten. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Zahl der Mädchen, die einen Beruf mit akademischer Vorbildung ergreifen wollen, immerhin noch eine verhältnismäßig beschränkte ist, und daß — hier spielt die Finanzlage wieder eine erhebliche Rolle — es jedenfalls keine der dringenden Aufgaben sein dürfte, für die verhältnismäßig geringe Zahl von Mädchen, die an einzelnen Orten, auch in größeren Städten, sich befinden und die einen akademischen Beruf ergreifen wollen, gesonderte Mittelschulen zu errichten.

Ich will die Frage, ob Karlsruhe jetzt schon ein zweites Gymnasium braucht, nicht erörtern. Ich glaube aber doch, den Herrn Abg. B i n z darauf hinweisen zu sollen, welches nach dem Bericht des Herrn Berichterstatters die Schülerzahlen für die Gymnasien in Freiburg und das in Karlsruhe sind; der Herr Abg. B i n z wird aus diesen Zahlen entnehmen, daß in der Tat die Zahl der Schüler in Karlsruhe noch nicht so hoch zugeht, daß ein neues Gymnasium notwendig wäre.

Was nun die Frage anbelangt, ob der Staat nicht auch für andere Bildungsanstalten in weitherziger Weise mit größeren Mitteln eintreten solle, so muß ich demgegenüber darauf hinweisen, daß Baden, was die Mitwirkung und Unterstützung beim Mittelschulwesen gegenüber den Städten anbelangt, keineswegs gegenüber anderen Staaten zurücksteht, sondern im Gegenteil eine sehr günstige Ziffer aufweist. In anderen Staaten, ich verweise zum

Beispiel auf Preußen, unterhalten viele Städte ihre Realmittelschulen vollständig aus eigenen Mitteln. Auch in anderen Staaten, in Sachsen, in Hessen, sind, soweit meine Kenntnis reicht, die Leistungen des Staates für Realmittelschulen erheblich geringer. Aus diesem Grunde kann ich nicht die Aussicht eröffnen, daß in der nächsten Zeit eine Steigerung der Zuschüsse des Staates in der Richtung eintreten werde, vor allem bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, auf die Anfrage des Herrn Abg. K o p f in dem Sinne zu erwidern, daß nunmehr der Staat bei den Realmittelschulen einfach alles, was der Gehaltstarif an größerer Belastung bringt, auf seine Schultern nimmt. Wenn der Herr Abg. K o p f die Satzungen der Realmittelschulen durchsieht, dann wird er finden, daß immer und überall von den jeweiligen Anfangsgehalten die Rede ist. Das ist mit vollem Bedacht in die Satzungen aufgenommen worden. Es handelt sich hier nicht um eine societas leonina zwischen Staat und Gemeinde, wenn die Städte auch die höheren Anfangsgehälter bezahlen, sondern man muß bedenken: Mit den Anfangsgehalten steigen auch die Höchstgehälter; auch wenn die Städte künftighin die Anfangsgehälter wie bisher bezahlen, — wozu sie, wenn die Satzungen nicht geändert werden, rechtlich verpflichtet sind —, werden die Städte nicht im gleichen Verhältnis behandelt wie der Staat, sondern im Gesamtergebnis wird der Staat erheblich höhere Lasten zu tragen haben. Das schließt nicht aus, daß in einzelnen Fällen, wo Härten entstehen würden, wo beispielsweise kleine Gemeinden derartige Schulen, die sie mühsam errichtet haben, wieder auflösen müßten, der Staat sich geneigt zeigt, etwas nachzugeben, damit schon bestehende Schulen erhalten werden. Aber ein Grund, weshalb nun der Staat insbesondere den großen Städten gegenüber den gesamten Unterschied der jetzigen Leistung gegenüber der früheren übernehmen solle, liegt in E. in gar keiner Weise vor. Ich kann nur wiederholen: Der Staat verfährt unseren Städten gegenüber nicht kleinlich; Staat und Unterrichtsverwaltung können durchaus anerkennen, was die Städte auf diesem Gebiete tun, allein dazu, das Leistungsverhältnis zu ändern und den Staat erheblich mehr zu belasten, dazu liegt weder ein rechtlicher Grund vor, noch kann ein solcher Grund aus der Entwicklung dieser Frage in allen anderen Staaten entnommen werden.

Zum Schluß kann ich nur wiederholt auf das hinweisen, was schon der Herr Oberschulratsdirektor gesagt hat, daß unsere Beziehungen im Schulwesen zu den Städten, speziell aber zu der Stadt Karlsruhe, durchaus freundliche und freundschaftliche sind, und daß wir uns über die Entwicklung des Schulwesens dieser Städte, speziell auch desjenigen von Karlsruhe, nur freuen; und wenn auch einmal die freundschaftlichen Beziehungen durch irgend einen Zwischenfall unerblich getrübt worden sein sollten, dann ist die Trübung längst wieder verschwunden, der Friede durchaus wieder hergestellt.

Die Beratung zum Mittelschulbudget wird hierauf abgebrochen.

Zum anderen Gegenstand der Tagesordnung, Beratung über die geschäftliche Behandlung des Gesekentwurfs, die Militärmitwirkungskasse betr., wird der Gesekentwurf auf Antrag des Abg. G i e h l e r (Zentr.) der Kommission für die Beamtentvorlagen überwiesen.

Die Kommission zur Vorberatung des Gesekentwurfs, betr. die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln, teilt mit, daß sie sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Abg. Dr. Z e h n t e r (Zentr.) und zum Berichterstatter den Abg. Dr. B i n z (natl.) gewählt habe.

Schluß der Sitzung halb 2 Uhr nachmittags.

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Otto Wallt.
Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.